

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2002

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

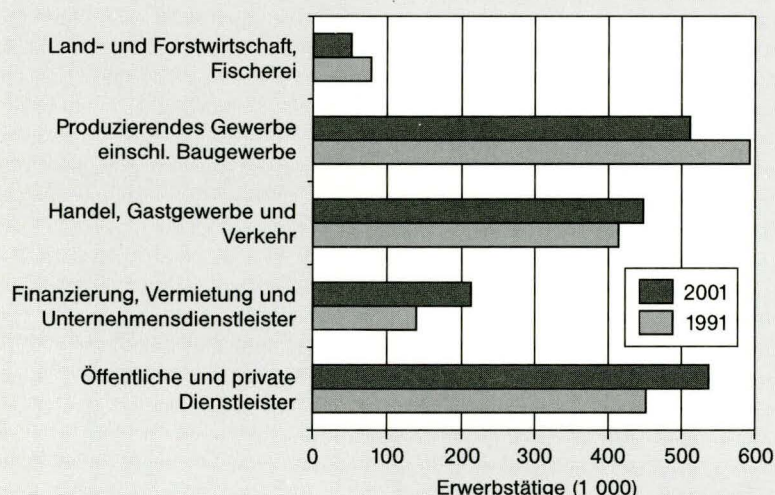
September

Oktober

November

Dezember

Erwerbstätige 1991 und 2001 nach Wirtschaftsbereichen



Inhalt

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1998	41	Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird auch das Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in regionaler Gliederung nach Verwaltungsbezirken berechnet. Nun liegen erstmals Ergebnisse auf der Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) vor, dessen Anwendung für die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich vorgeschrieben ist.
Erwerbstätige am Arbeitsort 1991 bis 2001	47	Der Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung hat neu berechnete Erwerbstätigenzahlen vorgelegt. Gegenüber den zuletzt veröffentlichten Zahlen unterscheiden sich diese Ergebnisse vor allem durch eine umfassendere Berücksichtigung der ausschließlich geringfügig Beschäftigten.
Kurzbeiträge	51	Änderungen im System der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte
	53	Die Reform des Wohnungsbaurechts und ihre Auswirkungen auf die amtliche Statistik der sozialen Wohnraumförderung
	55	Jeden Tag geben in Rheinland-Pfalz vier Landwirte ihren Betrieb auf – Bewirtschaftete Fläche wird nur geringfügig kleiner –
Anhang	25*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	34*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland
	36*	Neuerscheinungen im Februar

Verfügbares Einkommen in Rheinland-Pfalz: deutliche regionale Unterschiede

Das Primäreinkommen, das die privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz aus Erwerbstätigkeit und Vermögen empfangen, betrug im Jahr 1998 knapp 70 Mrd. Euro und damit gut 14% mehr als im Jahr 1992. Im Durchschnitt waren dies rund 17 300 Euro je Einwohner. Durch Umverteilung in Form geleisteter und empfangener Transferzahlungen reduzierte sich das Primäreinkommen um knapp ein Sechstel, so dass durchschnittlich noch 14 500 Euro je Einwohner für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung standen.

Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag in den kreisfreien Städten nur geringfügig über dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen in den Landkreisen. Zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken ergaben sich jedoch erhebliche Unterschiede: So stand den Einwohnern des Kreises Mainz-Bingen mit je 16 200 Euro fast ein Drittel mehr Einkommen zur Verfügung als den Einwohnern im Landkreis Bitburg-Prüm mit 12 300 Euro.

Gegenüber 1992 erhöhte sich das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz um knapp 12%. Zu den Gebieten mit dem höchsten Wachstum gehörten die Kreise Kusel, Cochem-Zell, Mayen-Koblenz und Bitburg-Prüm sowie die kreisfreie Stadt Koblenz. Hier wurden jeweils Steigerungen von 15% und mehr registriert. In der Stadt Zweibrücken sowie den Kreisen Alzey-Worms, Germersheim und Kaiserslautern waren die Zuwächse mit Werten zwischen gut 4 und gut 8% wesentlich geringer. sch

Mehr über dieses Thema auf Seite 41.

Noch immer leichter Anstieg der Erwerbstätigkeit im Lande

Die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz lag im Durchschnitt des Jahres 2001 bei rund 1,76 Mill. Das sind 0,4% mehr als im Jahr 2000. Damit setzte sich der Aufwärtstrend der vergangenen Jahre fort; nach dem deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenzahlen in den Jahren 1998 bis 2000 fiel der Zuwachs allerdings schwächer aus.

In Rheinland-Pfalz verlief die Entwicklung günstiger als im Bundesdurchschnitt. Bundesweit blieb die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert (+0,1%), im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) stieg sie um 0,6%. In den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) ging das Beschäftigungsniveau merklich (um 1,9%) zurück.

Die Entwicklung war in den einzelnen Wirtschaftsbe-
reichen recht unterschiedlich. Den deutlichsten Zu-
wachs verzeichneten Finanz- und Unternehmensdienst-
leister, die 3,1% mehr Arbeitsplätze vorhielten als im
Jahr 2000. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Ver-
kehr gab es einen Zuwachs von 0,6%, während das
produzierende Gewerbe – hierzu zählt auch das Bau-
gewerbe – 0,6% weniger Arbeitsplätze aufwies. In der
Landwirtschaft sank die Zahl der Erwerbstätigen in
Rheinland-Pfalz um 0,7%.

Die Erwerbstätigenzahlen sind nach dem Arbeitsort-
konzept nachgewiesen, es werden also diejenigen Er-
werbstätigen berücksichtigt, die in Rheinland-Pfalz ih-
ren Arbeitsplatz haben, unabhängig von ihrem Wohnort.
Zu den Erwerbstätigen zählen neben den sozialversi-
cherungspflichtig Beschäftigten auch Selbständige, Be-
amte und geringfügig Beschäftigte.

Die Daten basieren auf einer ersten vorläufigen Be-
rechnung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung
des Bundes und der Länder“. ic

**Zahl der Insolvenzen im Jahr 2001 weiter gestiegen
Immer mehr überschuldete Privathaushalte nutzen
die Möglichkeit des Verbraucherinsolvenzverfahrens**

Den rheinland-pfälzischen Gerichten lagen im ver-
gangenen Jahr 2 206 Anträge auf Insolvenzverfahren
vor. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem An-
stieg um gut 27%. Die Steigerung ist im Wesentlichen
auf die Zunahme der Verbraucherinsolvenzen zurück-
zuführen. Im dritten Jahr nach Einführung dieser Ver-
fahrensform für überschuldete Privatpersonen hat die
Zahl der Anträge auf 741 zugenommen, das waren 59%
mehr als im Jahr 2000. Aber auch die Zahl der Unter-
nehmensinsolvenzen (einschließlich Kleingewerbe)
stieg um knapp 18% auf 1 281 Fälle. Weitere 184 bean-
tragte Verfahren betrafen natürliche Personen (bei-
spielsweise persönlich haftende Gesellschafter insol-
venter Personengesellschaften) und Nachlässe.

Die meisten betroffenen Unternehmen hatten ihren
wirtschaftlichen Schwerpunkt in den Bereichen Bauge-
werbe (342), Handel (257) sowie Grundstückswesen,
Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (235).
Im verarbeitenden Gewerbe und im Bereich Verkehr
und Nachrichtenübermittlung wurden 163 bzw. 95 über-
schuldete Unternehmen registriert.

Die ermittelten offenen Forderungen betrugen insge-
samt 822 Mill. Euro. Rund vier Fünftel davon wurden bei
Unternehmensinsolvenzen geltend gemacht.

Mehr als die Hälfte (53%) der Verfahren konnte eröff-
net, 41% der Anträge mussten mangels Masse abge-
lehnt werden. Die im Vergleich zu den Vorjahren hohe

kurz + aktuell

Eröffnungsquote beruht hauptsächlich auf den Verbraucherinsolvenzen, von denen immerhin rund 70% eröffnet wurden. Außerdem wurde in gut 5% der Insolvenzverfahren von Verbrauchern ein Schuldenbereinigungsplan angenommen und somit die Wirkung eines Vergleichs erzielt. ke

Tourismus weiter auf hohem Niveau Mit 22 Mill. Übernachtungen zweithöchstes Ergebnis der letzten zehn Jahre

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche konnte sich im Jahr 2001 über fast 7 Mill. Gäste sowie 21,7 Mill. Übernachtungen freuen. Die außergewöhnlichen Rekordzahlen des Jahres 2000 wurden damit zwar nicht erreicht – die Zahl der Gäste ging um 4,2% zurück, die der Übernachtungen sank um 3,3% –, dennoch handelte es sich um das zweithöchste Übernachtungsaufkommen im Land seit 1992.

In der Region Mosel/Saar mit der fruchtbaren Verbindung von Weinbau und Fremdenverkehr wurden mit über 5,7 Mill. (–1,7%) die meisten Übernachtungen registriert. Im Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr verbuchte die Branche fast 4,3 Mill. Übernachtungen (–6,8%). Das dritthöchste Übernachtungsaufkommen (4,2 Mill.; –2%) entfiel auf die Pfalz mit ihren romantischen Weinorten. Im Fremdenverkehrsgebiet Hunsrück/Nahe/Glan und im Rheintal wurden 2,4 Mill. (–2,2%) bzw. 2,2 Mill. (–2%) Übernachtungen gezählt. In der Region Westwald/Lahn/Taunus und in Rheinhessen belief sich das Übernachtungsvolumen auf 1,7 (–6,5%) bzw. 1,2 Mill. (–2,9%). el

Rheinland-Pfälzer kauften 2001 weniger Neuwagen Erneuter Rückgang bei Neuzulassungen von Kraft- rädern

Die Rheinland-Pfälzer hatten im Jahr 2001 weniger Lust auf neue Autos. Die Zahl der Neuzulassungen von Personenwagen und Kombis belief sich auf knapp 174 300, das sind fast 9 000 (4,8%) weniger als im Jahr zuvor. Der Rückgang der Neuzulassungen von Pkw liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Deutschlandweit wurden gut 3,3 Mill. neue Pkw verkauft, 1,3% weniger als im Jahr 2000.

Bei den Kraftfahrzeugen setzte sich der Abwärtstrend der vergangenen Jahre fort. 11 600 neue Motorräder, Roller und Leichtkraftfahrzeuge wurden zugelassen, 12,8% weniger als im Vorjahr. Im Jahr 1997 hatten die Neuzulassungen mit über 18 000 einen Höchststand erreicht und sind seither stetig gesunken.

11 000 Lastwagen wurden im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz neu zugelassen, das waren 6,4% weniger als im Jahr 2000. Bei den Zugmaschinen gab es einen Rückgang um 8,9% auf 2 400.

Insgesamt gaben die Zulassungsstellen im Jahr 2001 die Kennzeichen für 201 700 neue Fahrzeuge aus, 5,3% weniger als im Jahr zuvor. Bundesweit gab es einen Rückgang aller Neuzulassungen um 2%. gü

Personalzuwachs vor allem durch Teilzeitarbeit bei Land und Gemeinden

Am 30. Juni 2001 waren bei Land und Gemeinden rund 156 500 Personen beschäftigt. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes hat sich ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um 1,4% erhöht, wobei der Zuwachs bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden größer war als beim Land. Zurückzuführen ist diese Entwicklung vor allem auf die vermehrte Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit, insbesondere auch der Altersteilzeit.

Während das Land die Zahl seiner Vollzeitbeschäftigten um 0,7% reduzierte – dazu trugen vor allem Beamte und Richter sowie Arbeiter bei –, bot es gleichzeitig 6,4% mehr Personen eine Teilzeitbeschäftigung an. Besonders stark zugenommen hat die Inanspruchnahme der Altersteilzeit; die Zahl der in dieser Form Beschäftigten stieg um fast drei Viertel auf 3 100, wobei es sich weit überwiegend um Beamte und Richter handelte.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten gegenüber dem Vorjahr einen spürbaren Personalmehrbedarf, denn hier wuchs die Zahl sowohl der Vollzeitbeschäftigten (+1%) als auch der Teilzeitbeschäftigten (+3,4%). Im kommunalen Kernhaushalt, das heißt bei den im Gemeindehaushalt geführten Ämtern und Einrichtungen, war der Zusatzbedarf allerdings nicht so hoch wie bei den aus dem Gemeindehaushalt ausgegliederten rechtlich unselbstständigen Einrichtungen und Unternehmen. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden nutzten nahezu 1 100 Beschäftigte die Altersteilzeit, fast die Hälfte mehr als im Vorjahr.

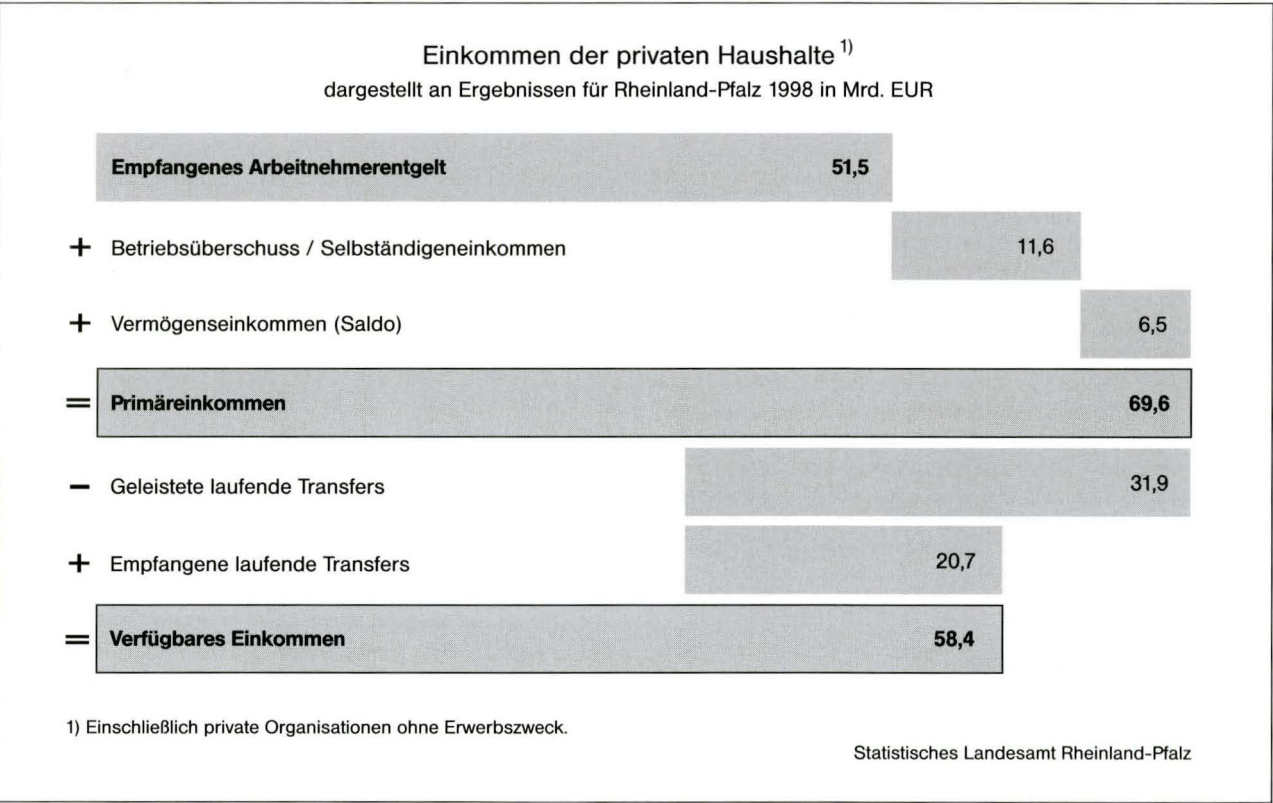
Sowohl beim Land als auch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden profitierten die Frauen von der Beschäftigungsentwicklung, denn sie waren entweder vom Rückgang in einzelnen Bereichen nicht so stark betroffen oder verzeichneten größere Zuwächse als die Männer. Dies gilt auch in Bezug auf die Ausbildungsplätze, deren Zahl das Land sowie insbesondere die Gemeinden und Gemeindeverbände um 5,3% auf 7 100 erhöhten. la

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den
kreisfreien Städten und Landkreisen 1998

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird auch das Primäreinkommen sowie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in regionaler Gliederung nach Verwaltungsbezirken berechnet. Nun konnten erstmals Ergebnisse für 1998 auf der Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) ermittelt werden, dessen Anwendung durch Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 verbindlich vorgeschrieben ist. Im Zuge der Revision wurden auch die Ergebnisse der regionalen Einkommensverteilung für die Jahre 1992 und 1995 bis 1997 neu berechnet.

Die Ermittlung des verfügbaren Einkommens erfolgt über die primäre und sekundäre Einkommensverteilung. Das Primäreinkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) setzt sich aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, den Einkommen aus selbständiger Arbeit und den per Saldo empfangenen Vermögenseinkommen zusammen. Das Arbeitnehmerentgelt umfasst

sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den Arbeitnehmern aus den Dienst- und Arbeitsverhältnissen zufließen. Es besteht aus den Bruttolöhnen und -gehältern (vor Abzug der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnsteuer) sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Zu den Einkommen aus selbständiger Arbeit gehören die Einkommen der Einzelunternehmen und der Selbständigen des Sektors Private Haushalte, die auch die Vergütung für die Arbeitsleistung des Eigentümers bzw. der mithelfenden Familienangehörigen enthalten, sowie der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohnungseigentum. Vermögenseinkommen sind alle tatsächlichen und unterstellten Einkommen, die als Entgelt für die Nutzung finanzieller Vermögensteile und von Grund und Boden an die Eigentümer fließen. Private Haushalte sind einerseits Empfänger von Vermögenseinkommen (z. B. Zinsen, Ausschüttungen oder Pachteinkommen), müssen andererseits aber auch Zahlungen leisten (z. B. Kreditzinsen, Pachtzahlungen).



Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ergibt sich durch die Einkommensumverteilung oder sekundäre Einkommensverteilung. Dem Primäreinkommen werden einerseits monetäre Sozialleistungen (wie Renten, Pensionen, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld, Erziehungsgeld, Sozialhilfe u. Ä.) und sonstige laufende Transferleistungen zugefügt, andererseits sind Lohn- und Einkommensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers von den privaten Haushalten zu leisten. Die Umverteilung erfolgt überwiegend durch Staat und Sozialversicherungssysteme, es sind aber auch Versicherungsunternehmen sowie in geringem Umfang andere Sektoren beteiligt. Das verfügbare Einkommen kann von den Haushalten für Konsum- und Sparzwecke verwendet werden.

Anteil des Vermögenseinkommens deutlich gestiegen

Das Primäreinkommen der rheinland-pfälzischen Privathaushalte betrug im Jahr 1998 insgesamt 69,6 Mrd. Euro. Das waren 1,9 Mrd. Euro oder 2,8% mehr als im Vorjahr. Da sich die Zahl der Einwohner ebenfalls erhöhte, stieg das Pro-Kopf-Einkommen mit +2,6% etwas geringer an und lag durchschnittlich bei 17 318 Euro. Das Primäreinkommen bestand zu 74% aus Arbeitnehmerentgelten; Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse machten 16,7% aus und die per Saldo empfangenen Vermögenseinkommen betrugen 9,3%. Der prozentuale Anteil des Arbeitnehmerentgeltes verringerte sich damit wie bereits in den Vorjahren etwas. Auch der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse sank gegenüber 1997, während die Vermögenseinkommen per Saldo überdurchschnittlich anstiegen (+11%).

Im Rahmen der Einkommensumverteilung entrichteten die Privathaushalte in Rheinland-Pfalz Transferleistungen in Höhe von 31,9 Mrd. Euro. Das waren 45,8% des Primäreinkommens. Insgesamt 20,7 Mrd. Euro wurden wiederum in Form monetärer Sozialleistungen und sonstiger laufender Transfers an die privaten Haushalte übertragen. Nach Verrechnung dieser Zahlungsströme ergab sich ein verfügbares Einkommen von 58,4 Mrd. Euro. Das Pro-Kopf-Einkommen lag mit 14 524 Euro etwas unter dem bundesdeutschen Durchschnitt des Jahres 1998 (14 995 Euro). Per Saldo sank das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte durch die Umverteilung um 11,2 Mrd. Euro bzw. 16,1% und entsprach 83,9% des Primäreinkommens. Da die geleisteten Transfers etwas stärker (+2,2%) als die empfangenen Transferleistungen (+1,4%) stiegen, ergab sich für das verfügbare Einkommen ein etwas geringeres Wachstum (+2,7%) als für das Primäreinkommen. Der überwiegende Teil des verfügbaren Einkommens – knapp 91% bzw. 53 Mrd. Euro – wurde konsumiert. Das übrige Einkommen in Höhe von 5,4 Mrd. Euro (9,2%) zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche (558 Mill. Euro im Jahr 1998) stellte das Sparaufkommen der privaten Haushalte dar.

Breite Streuung der Einkommen

Betrachtet man die Einkommenssituation der einzelnen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke, so zeigt sich ein sehr heterogenes Bild: Mit 20 000 Euro wurde in Mainz das höchste Primäreinkommen je Einwohner

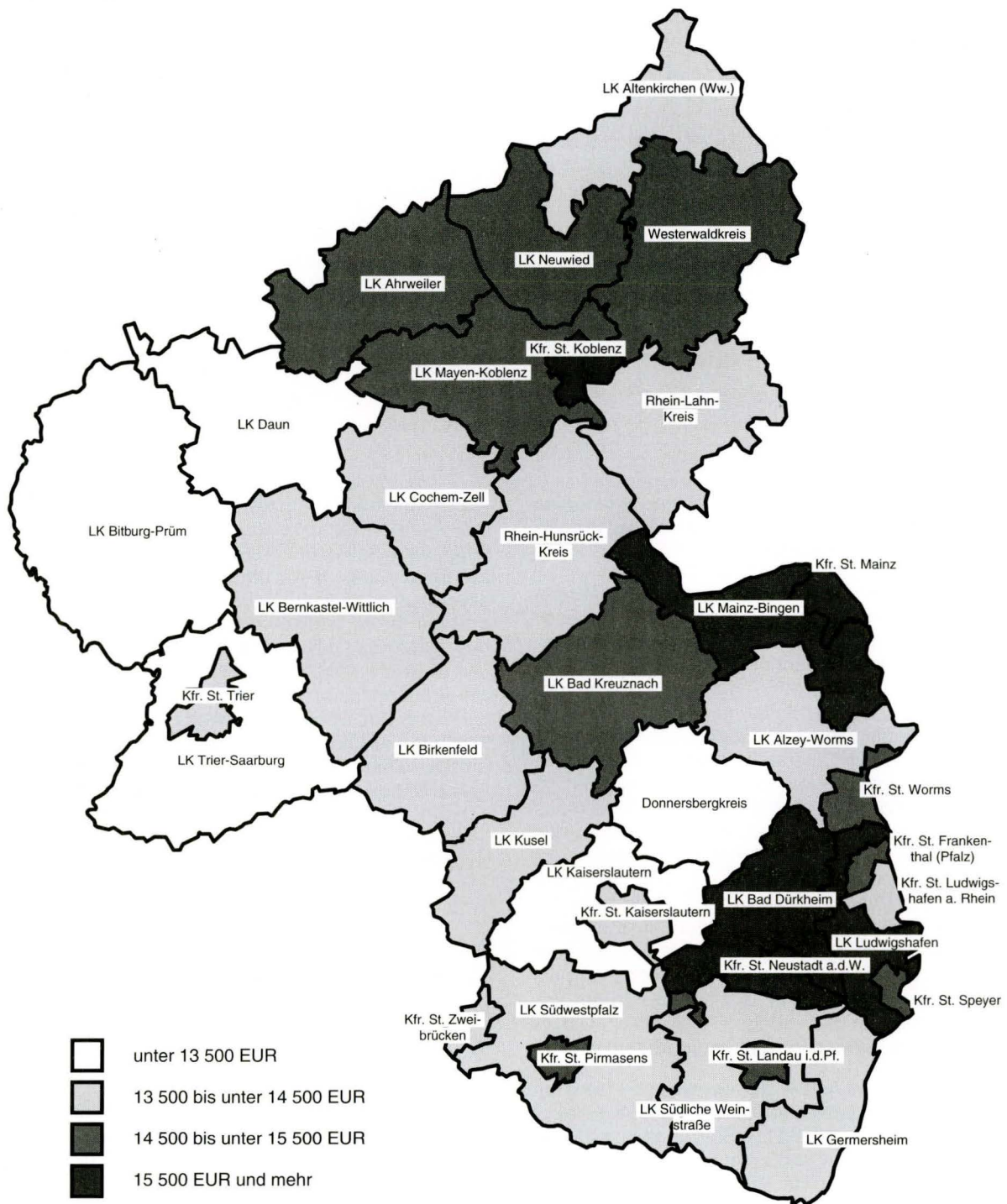
unter den kreisfreien Städten registriert. Damit lag das Pro-Kopf-Einkommen dort gut 30% höher als in der Stadt Trier mit 15 363 Euro. Noch deutlichere Unterschiede ergibt ein Vergleich der Landkreise: Bitburg-Prüm hatte mit 13 965 Euro das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen, der Kreis Mainz-Bingen wies mit 21 204 Euro den höchsten Wert auf. Das Primäreinkommen je Einwohner lag somit im Kreis Mainz-Bingen rund 52% höher als im Kreis Bitburg-Prüm und überstieg den rheinland-pfälzischen Durchschnitt um mehr als 22%, während ihn der Kreis Bitburg-Prüm um gut 19% unterschritt. Der durchschnittliche Wert der kreisfreien Städte (17 473 Euro) lag dabei mit 1,2% nur vergleichsweise gering über dem Wert der Landkreise (17 266 Euro), auch wenn sich der Abstand im Vergleich zum Vorjahr wieder etwas vergrößerte.

Durch die Transferzahlungen im Rahmen der sekundären Einkommensverteilung wurde der Abstand zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen etwas größer, während sich die Spannweite zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken etwas verringerte. Die Einwohner des Landkreises Bitburg-Prüm hatten auch nach Umverteilung mit 12 300 Euro das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen, der Wert des Kreises Mainz-Bingen lag mit 16 182 Euro um rund 32% höher. Damit überschritt das durchschnittlich verfügbare Einkommen in Mainz-Bingen den rheinland-pfälzischen Durchschnitt (14 524 Euro) um gut 11%, der Wert von Bitburg-Prüm lag dagegen gut 15% darunter. Innerhalb der kreisfreien Städte wurde das höchste verfügbare Einkommen mit 15 970 Euro in Neustadt an der Weinstraße registriert. Es lag um knapp 17% höher als in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (13 660 Euro). Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen wich in 17 der 36 rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke um 5% oder mehr vom Durchschnittswert ab.

Im Vergleich zu 1992 wurde der Abstand zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen etwas kleiner, da das Pro-Kopf-Einkommen in den Landkreisen ein wenig stärker stieg als in den Städten (+11,9% bzw. +11,3%): Im Jahr 1992 stand den Bewohnern der kreisfreien Städte 3,6% mehr Einkommen zur Verfügung als den Einwohnern der Landkreise, 1998 lag die Differenz noch bei 3%. Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen ist in Rheinland-Pfalz durchschnittlich um 11,7% gegenüber 1992 gestiegen. Zu den Gebieten mit dem höchsten Anstieg gehörten die Kreise Kusel (+17,4%) und Cochem-Zell (+16,5%) sowie die kreisfreie Stadt Koblenz (+15,6%) gefolgt von den Kreisen Mayen-Koblenz (+15,5%) und Bitburg-Prüm (+15%). Unterdurchschnittlich verlief dagegen die Entwicklung in der Stadt Zweibrücken (+4,4%) und den Kreisen Alzey-Worms (+6,4%), Germersheim (+8,3%) und Kaiserslautern (+8,4%).

Zusammengefasst zu landesplanerischen Regionen zeigte sich ebenfalls eine breite Streuung: Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen lag in der Region Trier gut 9% und in der Region Westpfalz 5% unter dem Landesdurchschnitt. Den Einwohnern der Regionen Rheinhesen-Nahe und Rheinpfalz stand dagegen ein überdurchschnittliches Einkommen zur Verfügung, es lag gut 4 bzw. 3% über dem Landesmittel. Das Pro-Kopf-Einkommen der Region Mittelrhein-Westerwald entsprach in etwa dem Durchschnittswert (+1%).

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 1998
nach Verwaltungsbezirken



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ 1992-1998

Land Gebietskategorie	Jahr	Primäreinkommen				Verfügbares Einkommen				Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen in %
		Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		
				EUR	Landeswert = 100			EUR	Landeswert = 100	
Rheinland-Pfalz	1992	60 848	100	15 795	100	50 068	100	12 997	100	82,3
	1995	65 372	100	16 494	100	54 265	100	13 692	100	83,0
	1996	66 462	100	16 675	100	55 903	100	14 026	100	84,1
	1997	67 713	100	16 886	100	56 861	100	14 180	100	84,0
	1998	69 616	100	17 318	100	58 384	100	14 524	100	83,9
kreisfreie Städte	1992	16 128	26,5	16 008	101,3	13 441	26,8	13 341	102,6	83,3
	1995	16 655	25,5	16 358	99,2	14 154	26,1	13 902	101,5	85,0
	1996	16 974	25,5	16 684	100,1	14 538	26,0	14 290	101,9	85,6
	1997	17 279	25,5	16 950	100,4	14 739	25,9	14 459	102,0	85,3
	1998	17 764	25,5	17 473	100,9	15 098	25,9	14 851	102,3	85,0
Landkreise	1992	44 720	73,5	15 720	99,5	36 627	73,2	12 875	99,1	81,9
	1995	48 717	74,5	16 542	100,3	40 111	73,9	13 619	99,5	82,3
	1996	49 488	74,5	16 672	100,0	41 365	74,0	13 935	99,4	83,6
	1997	50 434	74,5	16 864	99,9	42 122	74,1	14 084	99,3	83,5
	1998	51 852	74,5	17 266	99,7	43 285	74,1	14 413	99,2	83,5

1) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Signifikante Unterschiede zwischen der regionalen Verteilung des Bruttoinlandsprodukts und der Primäreinkommen

Im Rahmen der Entstehungsrechnung wird auf Kreisebene auch das Bruttoinlandsprodukt errechnet. Dieses umfasst die innerhalb eines abgegrenzten Wirtschaftsgebietes erbrachte wirtschaftliche Gesamtleistung. Nach der Methodik des ESVG 1995 wird von der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche die unterstellte Bankgebühr subtrahiert und die Differenz aus Gütersteuern und -subventionen addiert. Der Nachweis erfolgt brutto, d. h. einschließlich der Abschreibungen. Vergleicht man die Verteilung des regionalen Bruttoinlandsprodukts mit der Verteilung des Primäreinkommens, so ergeben sich signifikante Unterschiede, die größtenteils darauf beruhen, dass die Aggregate der Entstehungsrechnung nach dem Inlandskonzept¹⁾, die der Verteilungs- und Umverteilungsrechnung aber nach dem Inländerkonzept²⁾ berechnet werden. Unterschiede in der regionalen Verteilung resultieren daher hauptsächlich aus dem Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt (hier: Gebiet außerhalb des jeweiligen Verwaltungsbezirkes).

Betrachtet man die Anteile der einzelnen Gebiete am Bruttoinlandsprodukt des Landes im Jahr 1998, so zeigt sich, dass die wirtschaftliche Leistung zu knapp 43% in den kreisfreien Städten und zu gut 57% in den Landkreisen erwirtschaftet wurde. Bei der Verteilung der Primäreinkommen ergibt sich für die Städte ein Wert von 25,5% und für die Landkreise von 74,5%. Daraus lässt sich schließen, dass der Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt für die kreisfreien Städte negativ, für die Landkreise dagegen positiv war. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Stadt Ludwigshafen am Rhein betrachtet: Mit knapp 10% hatte sie den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt, aber nur 4% des Pri-

märeinkommens flossen an Einwohner der Stadt. In den umliegenden Landkreisen war das Verhältnis umgekehrt, da viele Pendler in der Stadt arbeiteten und dort zur Entstehung des Bruttoinlandsprodukts beitrugen, aber in den umliegenden Landkreisen wohnten und dort mit ihrem Primäreinkommen nachgewiesen wurden. Der Kreis Ludwigshafen erwirtschaftete knapp 2% des Bruttoinlandsproduktes bei einem Anteil von 4,3% am Primäreinkommen. Ähnlich war die Situation im Landkreis Bad Dürkheim mit Werten von 2,3% und 3,7%. Fast alle kreisfreien Städte hatten beim Bruttoinlandsprodukt einen höheren Anteil am Landeswert als beim Primäreinkommen, bei den Landkreisen war es dagegen umgekehrt. Nur in Neustadt an der Weinstraße und im Landkreis Bitburg-Prüm waren die Anteilswerte jeweils identisch.

Anteil der empfangenen Transfers schwankt erheblich

Im Landesdurchschnitt entsprach das verfügbare Einkommen 83,9% des Primäreinkommens. In den Landkreisen lag dieser Wert mit durchschnittlich 83,5% etwas niedriger als in den kreisfreien Städten mit 85%. Die Relation von verfügbarem Einkommen zu Primäreinkommen wird durch das Ausmaß der Transferleistungen bestimmt. Die unterschiedlichen Werte in den Verwaltungsbezirken zeigen, dass die Umverteilung dort in unterschiedlichem Maße stattfand. In den kreisfreien Städten Trier (90,5%), Kaiserslautern (89,2%) und Zweibrücken (88,7%) machte das verfügbare Einkommen

1) Nach dem Inlands- oder Arbeitsortkonzept wird die in einem Wirtschaftsgebiet („Inland“ hier: Rheinland-Pfalz oder ein Verwaltungsbezirk) erbrachte wirtschaftliche Leistung erfasst.

2) Das Inländer- oder Wohnortkonzept stellt auf die wirtschaftliche Leistung der inländischen Wirtschaftseinheiten ab, unabhängig davon, ob diese im Inland oder in der übrigen Welt erbracht wird.

Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ 1998 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Primäreinkommen				Verfügbares Einkommen				Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen in %
	Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		
			EUR	Landeswert = 100			EUR	Landeswert = 100	
Kreisfreie Stadt Koblenz	1 979	2,8	18 123	104,7	1 699	2,9	15 564	107,2	85,9
Landkreise									
Ahrweiler	2 271	3,3	17 748	102,5	1 932	3,3	15 095	103,9	85,1
Altenkirchen (Ww.)	2 161	3,1	15 815	91,3	1 893	3,2	13 850	95,4	87,6
Bad Kreuznach	2 703	3,9	17 230	99,5	2 316	4,0	14 767	101,7	85,7
Birkenfeld	1 425	2,0	15 739	90,9	1 278	2,2	14 117	97,2	89,7
Cochem-Zell	1 037	1,5	15 876	91,7	891	1,5	13 639	93,9	85,9
Mayen-Koblenz	3 758	5,4	18 069	104,3	3 120	5,3	15 004	103,3	83,0
Neuwied	3 268	4,7	17 907	103,4	2 783	4,8	15 252	105,0	85,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 720	2,5	16 446	95,0	1 452	2,5	13 886	95,6	84,4
Rhein-Lahn-Kreis	2 170	3,1	16 915	97,7	1 835	3,1	14 303	98,5	84,6
Westerwaldkreis	3 475	5,0	17 400	100,5	2 911	5,0	14 580	100,4	83,8
Kreisfreie Stadt Trier	1 529	2,2	15 363	88,7	1 384	2,4	13 904	95,7	90,5
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	1 807	2,6	15 884	91,7	1 553	2,7	13 654	94,0	86,0
Bitburg-Prüm	1 346	1,9	13 965	80,6	1 186	2,0	12 300	84,7	88,1
Daun	984	1,4	15 376	88,8	860	1,5	13 435	92,5	87,4
Trier-Saarburg	2 055	3,0	15 133	87,4	1 727	3,0	12 719	87,6	84,0
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	872	1,3	17 905	103,4	738	1,3	15 164	104,4	84,7
Kaiserslautern	1 578	2,3	15 621	90,2	1 408	2,4	13 934	95,9	89,2
Landau i. d. Pfalz	703	1,0	17 437	100,7	598	1,0	14 851	102,3	85,2
Ludwigshafen a. Rhein	2 751	4,0	16 635	96,1	2 318	4,0	14 021	96,5	84,3
Mainz	3 718	5,3	20 001	115,5	2 936	5,0	15 791	108,7	79,0
Neustadt a. d. Weinstraße	1 010	1,5	18 771	108,4	859	1,5	15 970	110,0	85,1
Pirmasens	735	1,1	15 704	90,7	712	1,2	15 216	104,8	96,9
Speyer	920	1,3	18 483	106,7	764	1,3	15 347	105,7	83,0
Worms	1 419	2,0	17 618	101,7	1 193	2,0	14 806	101,9	84,0
Zweibrücken	551	0,8	15 396	88,9	489	0,8	13 660	94,1	88,7
Landkreise									
Alzey-Worms	2 111	3,0	17 494	101,0	1 679	2,9	13 911	95,8	79,5
Bad Dürkheim	2 578	3,7	19 438	112,2	2 069	3,5	15 606	107,5	80,3
Donnersbergkreis	1 241	1,8	16 011	92,5	1 041	1,8	13 425	92,4	83,8
Germersheim	2 178	3,1	17 890	103,3	1 728	3,0	14 196	97,7	79,4
Kaiserslautern	1 705	2,4	15 511	89,6	1 460	2,5	13 289	91,5	85,7
Kusel	1 250	1,8	15 720	90,8	1 093	1,9	13 739	94,6	87,4
Südliche Weinstraße	1 859	2,7	17 171	99,1	1 550	2,7	14 322	98,6	83,4
Ludwigshafen	3 012	4,3	20 664	119,3	2 358	4,0	16 174	111,4	78,3
Mainz-Bingen	4 054	5,8	21 204	122,4	3 094	5,3	16 182	111,4	76,3
Südwestpfalz	1 685	2,4	15 937	92,0	1 476	2,5	13 959	96,1	87,6
Rheinland-Pfalz	69 616	100	17 318	100	58 384	100	14 524	100	83,9
kreisfreie Städte	17 764	25,5	17 473	100,9	15 098	25,9	14 851	102,3	85,0
Landkreise	51 852	74,5	17 266	99,7	43 285	74,1	14 413	99,2	83,5

1) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

einen überdurchschnittlichen Anteil am Primäreinkommen aus, ebenso in den Landkreisen Birkenfeld (89,7%) und Bitburg-Prüm (88,1%). Der höchste Wert wurde für die kreisfreie Stadt Pirmasens mit knapp 97% registriert. Den Einwohnern der Landkreise Mainz-Bingen, Ludwigshafen, Germersheim und Alzey-Worms und auch der kreisfreien Stadt Mainz stand dagegen ein Einkommen in Höhe von weniger als 80% des Primäreinkommens zur Verfügung. Verursacht wurden diese Unterschiede vor allem durch die Höhe der empfangenen Transferleistungen, da der Anteil der geleisteten Transfers in den einzelnen Verwaltungsbezirken nur relativ gering voneinander abwich. Durchschnittlich bestand das verfügbare Einkommen in Rheinland-Pfalz zu 35,4% aus Transferleistungen. In den Städten Trier, Kaiserslautern und Zweibrücken war der Anteil der empfangenen Transferleistungen am verfügbaren Einkommen

überdurchschnittlich hoch. Am höchsten lag der Wert in Pirmasens mit 44,5%. Die Einwohner der kreisfreien Stadt Pirmasens erhielten gut 93% ihrer geleisteten Transfers auf dem Weg der Umverteilung zurück. Im Landkreis Mainz-Bingen dagegen lag der Anteil der Transferzahlungen am verfügbaren Einkommen mit 29,3% am niedrigsten, hier flossen nur knapp die Hälfte der geleisteten Transfers (48,5%) wieder an die privaten Haushalte. Bei dieser Betrachtung ist jedoch zu beachten, dass der Kreis der Empfänger von Transfereinkommen nicht identisch mit dem Kreis der Primäreinkommensempfänger ist. Regionale Unterschiede bei der Verteilung der Transferleistungen liegen auch in der Altersstruktur der Bevölkerung und der Haushaltsstruktur begründet.

Diplom-Betriebswirtin (FH) Simone Schmidt

Erwerbstätige am Arbeitsort 1991 bis 2001

Die Zahl der Erwerbstätigen ist für viele wirtschafts- und sozialpolitische Fragestellungen eine wichtige Größe. Ihrer Ermittlung kommt damit in der amtlichen Statistik eine große Bedeutung zu.

Angaben über Erwerbstätige finden sich in zahlreichen Statistiken; dabei ist jedoch in der Regel nur ein bestimmter Ausschnitt der Erwerbstätigkeit angesprochen. So wird z. B. bei der Bundesanstalt für Arbeit eine Datei über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt oder in der Personalstandstatistik finden sich Angaben über die im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Der Mikrozensus als eine der zentralen amtlichen Statistiken ermittelt zwar jährlich Angaben über die Gesamtheit aller Erwerbstätigen, es handelt sich dabei aber um Stichprobenergebnisse, die nur sehr begrenzt regionale Darstellungen und auch nur eingeschränkte fachliche Untergliederungen ermöglichen. Zu beachten ist außerdem, dass sich die Angaben auf den Wohnort und nicht den Arbeitsort der Erwerbstätigen beziehen; zudem handelt es sich um Stichtagswerte, die naturgemäß saisonal beeinflusst sind.

Wer gilt als erwerbstätig?

Erwerbstätige sind Personen, die eine Tätigkeit zum Zweck des Erwerbs ausüben, unabhängig von der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Dabei spielt die Bedeutung, die diese Tätigkeit für den Lebensunterhalt hat, keine Rolle; insbesondere zählen auch geringfügige Beschäftigungen, die zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht ausreichen, als Erwerbstätigkeit. Damit gehören zu den Erwerbstätigen alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (Beamte einschließlich Soldaten, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende), als Selbständige ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind. Erwerbstätige, die mehrere Tätigkeiten ausüben, werden nur einmal nach ihrer Haupttätigkeit erfasst.

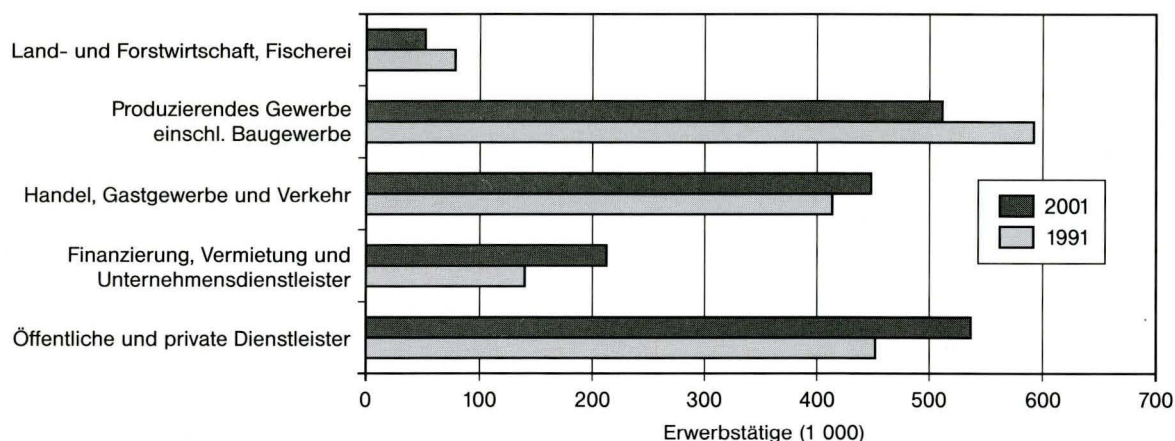
Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung“ verwendet Arbeitsortprinzip

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ hat ein Modell entwickelt, das auf den Arbeitsort bezogene jahresdurchschnittliche Erwerbstätigenzahlen produziert. Es werden also diejenigen Erwerbstätigen berücksichtigt, die in Rheinland-Pfalz ihren Arbeitsplatz haben, unabhängig von ihrem Wohnort. Die wirtschaftsfachliche Zuordnung der Erwerbstätigen erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Betriebes.

Dem Arbeitskreis gehören Vertreter aller statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes an. Die Berechnungen werden nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995) vorgenommen. Damit sind alle gesamtwirtschaftlichen Kenngrößen auf nationaler und auch auf regionaler Ebene europaweit vergleichbar. Die wirtschaftsfachliche Gliederung berücksichtigt die revidierte europäische Klassifikation der Wirtschaftszweige NACE Rev. 1 bzw. deren deutsche Fassung WZ 93. Gegenüber der früheren Wirtschaftszweiggliederung – WZ 79 – wurden zahlreiche Umstrukturierungen vorgenommen. So gibt es beispielsweise den früheren Wirtschaftsbereich „Staat“ nicht mehr; stattdessen verteilen sich die staatlichen Aktivitäten auf die unterschiedlichsten Bereiche, neben der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung beispielsweise auch auf die Bereiche Erziehung und Unterricht oder Gesundheits- und Sozialwesen.

Die Ergebnisse haben Bedeutung für die laufende Beobachtung von strukturellen Veränderungen der Erwerbstätigkeit. Sie dienen auch als Bezugsgröße im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Datengrundlage ist eine Vielzahl von Statistiken, die Angaben über Erwerbstätige machen. Neben der Beschäftigtenstatistik, der Personalstandstatistik und dem Mikrozensus fließen zahlreiche weitere Statistiken, wie zum Beispiel Monatsberichte, Kleinbetriebserhebun-

Erwerbstätige 1991 und 2001 nach Wirtschaftsbereichen

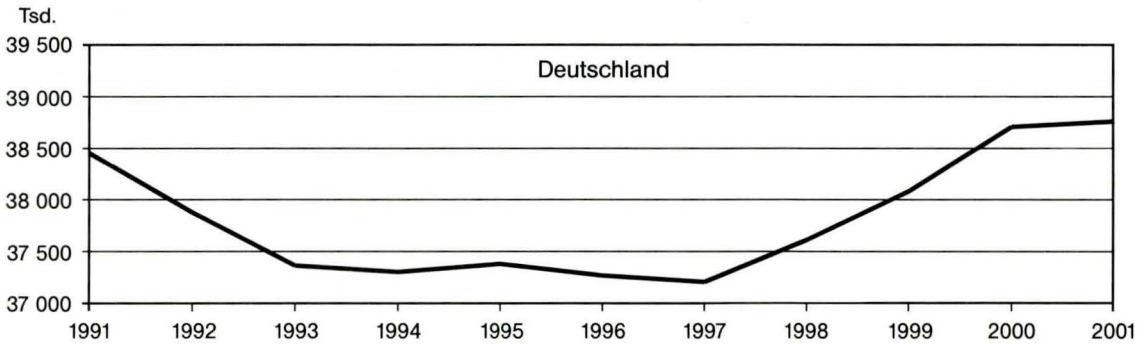
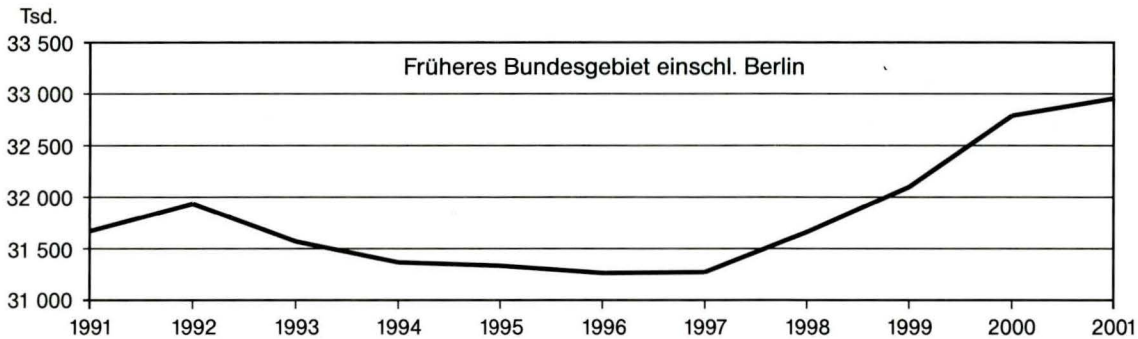
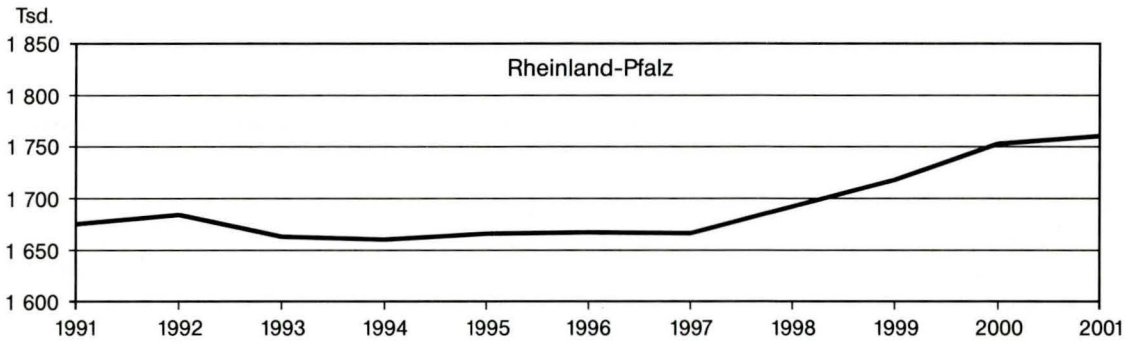


Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Erwerbstätige am Arbeitsort 1991-2001

Wirtschaftsbereich	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Anzahl (1 000)											
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	78,4	76,2	70,4	66,7	61,4	53,8	52,3	53,3	52,2	52,3	51,9
Produzierendes Gewerbe einschl. Baugewerbe	592,1	584,4	555,2	536,5	532,0	517,4	508,0	514,0	512,7	514,7	511,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	474,0	465,6	437,5	416,4	411,1	400,4	396,2	399,3	397,2	399,5	.
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3,5	3,4	3,2	3,2	3,3	3,2	2,5	2,5	2,6	2,6	.
verarbeitendes Gewerbe	453,7	445,3	417,6	396,9	391,6	381,3	378,0	381,1	379,5	383,0	.
Energie- und Wasserversorgung	16,8	16,9	16,7	16,3	16,2	15,9	15,7	15,6	15,1	13,9	.
Baugewerbe	118,1	118,8	117,7	120,1	120,9	117,0	111,8	114,7	115,5	115,2	.
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	413,6	414,6	414,8	417,3	419,2	425,1	425,8	431,8	437,1	445,2	447,9
Handel; Reparatur v. Kfz und Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	327,3	328,5	330,8	334,6	338,1	344,1	346,3	352,3	357,7	366,2	.
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	86,3	86,1	84,0	82,7	81,2	81,0	79,5	79,4	79,4	79,0	.
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	139,5	144,7	149,2	156,4	162,1	167,5	172,0	178,9	190,9	206,0	212,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	48,4	49,9	50,4	49,9	49,3	49,2	48,9	49,4	49,5	50,9	.
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	91,1	94,8	98,8	106,5	112,9	118,3	123,1	129,6	141,5	155,1	.
Öffentliche und private Dienstleister	451,8	464,3	473,8	483,5	491,3	503,5	508,3	514,3	525,0	534,6	536,6
öffentliche Verwaltung, Vertei- digung, Sozialversicherung	159,0	157,4	155,6	153,1	150,8	151,3	150,6	146,2	145,2	142,8	.
Erziehung u. Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen; sonstige öff. u. priv. Dienstleister; häusliche Dienste	292,8	306,9	318,1	330,4	340,5	352,2	357,8	368,0	379,8	391,7	.
Insgesamt	1675,3	1684,2	1663,3	1660,3	1666,1	1667,4	1666,4	1692,2	1717,9	1752,8	1760,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr (%)											
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	x	-2,8	-7,6	-5,3	-7,8	-12,4	-2,8	1,9	-2,1	0,2	-0,7
Produzierendes Gewerbe einschl. Baugewerbe	x	-1,3	-5,0	-3,4	-0,8	-2,7	-1,8	1,2	-0,2	0,4	-0,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	x	-1,8	-6,0	-4,8	-1,3	-2,6	-1,1	0,8	-0,5	0,6	.
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	x	-3,8	-7,0	0,6	2,7	-2,3	-21,3	1,3	0,8	2,2	.
verarbeitendes Gewerbe	x	-1,8	-6,2	-4,9	-1,3	-2,6	-0,9	0,8	-0,4	0,9	.
Energie- und Wasserversorgung	x	0,4	-1,1	-2,4	-0,9	-1,6	-1,6	-0,3	-3,3	-8,3	.
Baugewerbe	x	0,6	-0,9	2,0	0,7	-3,2	-4,5	2,6	0,8	-0,3	.
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	x	0,2	0,1	0,6	0,5	1,4	0,2	1,4	1,2	1,9	0,6
Handel; Reparatur v. Kfz und Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	x	0,4	0,7	1,1	1,0	1,8	0,7	1,7	1,5	2,4	.
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	x	-0,2	-2,4	-1,5	-1,9	-0,2	-1,9	-0,1	0,0	-0,5	.
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	x	3,8	3,1	4,9	3,7	3,3	2,7	4,0	6,7	7,9	3,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	x	3,2	1,0	-0,9	-1,3	-0,1	-0,6	0,9	0,2	2,9	.
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	x	4,1	4,1	7,8	6,0	4,8	4,0	5,3	9,2	9,6	.
Öffentliche und private Dienstleister	x	2,8	2,0	2,0	1,6	2,5	1,0	1,2	2,1	1,8	0,4
öffentliche Verwaltung, Vertei- digung, Sozialversicherung	x	-1,0	-1,1	-1,7	-1,5	0,3	-0,5	-2,9	-0,7	-1,6	.
Erziehung u. Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen; sonstige öff. u. priv. Dienstleister; häusliche Dienste	x	4,8	3,7	3,9	3,1	3,4	1,6	2,9	3,2	3,1	.
Insgesamt	x	0,5	-1,2	-0,2	0,3	0,1	-0,1	1,6	1,5	2,0	0,4

Erwerbstätige 1991-2001



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

gen, Angaben aus Großzählungen, Meldungen von Bahn, Post und Bundesbank, und weitere Quellen in die Berechnungen ein.

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung“ hat jetzt neu berechnete Erwerbstätigenzahlen für die Jahre 1991 bis 2000 vorgelegt. Darüber hinaus wurden im Rahmen einer Schnellrechnung erste Ergebnisse für das Jahr 2001 ermittelt. Die Berechnungen wurden für alle Bundesländer nach einem einheitlichen Verfahren durchgeführt.

Geringfügig Beschäftigte stärker berücksichtigt

Gegenüber den zuletzt veröffentlichten Zahlen unterscheiden sich die in diesem Beitrag dargestellten Ergebnisse vor allem durch eine umfassendere Berücksichtigung der ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Angaben hierzu wurden bei den früheren Berechnungen dem Mikrozensus entnommen; dieser Personenkreis war hier aber offensichtlich stark untererfasst. Demgegenüber beinhalten die jetzt vorgelegten revi-

dierten Berechnungen neueste Erkenntnisse der Bundesanstalt für Arbeit. Durch eine gesetzliche Neuregelung zum 1. April 1999 wurden geringfügig Beschäftigte in die Sozialversicherungspflicht mit einbezogen. Mit der Heranziehung dieser neuen, wesentlich höheren Zahlen wurde die gesamte Zeitreihe seit 1991 dem neuen Niveau angepasst.

Die wirtschaftsfachliche Untergliederung der Ergebnisse sieht einen Nachweis für insgesamt elf Positionen vor. Dabei handelt es sich um einzelne bzw. zusammengefasste Abschnitte der NACE-Klassifikation. Die Angaben der Schnellrechnung für das Jahr 2001 werden für fünf Wirtschaftsbereiche dargestellt. Die jetzt vorgelegten Ergebnisse spiegeln den Rechenstand vom Dezember 2001 wieder. Die Schnellrechnungsergebnisse wurden Anfang Februar 2002 freigegeben.

Das Modell des Arbeitskreises sieht auch einen Nachweis für die Summe der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte, Beamte sowie geringfügig Beschäftigte) vor. Auf Kreisebene werden die Zahlen für sieben

Wirtschaftsabschnitte – bis 1995 jedoch nur nach drei Sektoren – dargestellt. Interessenten können die Ergebnisse beim Statistischen Landesamt.

In 2001 höchste Zahl von Erwerbstätigen seit 1991

Nach den Ergebnissen der Schnellrechnung lag die Zahl der Erwerbstätigen für Rheinland-Pfalz im Durchschnitt des Jahres 2001 bei 1 760 500. Das sind 0,4% mehr als ein Jahr zuvor; es ist in dem betrachteten Zeitraum seit 1991 die höchste zu verzeichnende Zahl. Der Aufwärtstrend der vergangenen Jahre hat sich damit zwar fortgesetzt, nach dem deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenzahlen in den Jahren 1998 bis 2000 fiel der Zuwachs allerdings wesentlich schwächer aus. Der Tiefststand wurde mit 1 660 300 Erwerbstätigen für das Jahr 1994 errechnet. Seither ist die Gesamtzahl per Saldo kräftig – um mehr als 6% – angewachsen.

Insgesamt gesehen verlief die Entwicklung in Rheinland-Pfalz günstiger als im gesamten Bundesgebiet. Hier stieg die Zahl der Erwerbstätigen von 1994 bis

2001 per Saldo um etwa 4%, im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) waren es rund 5%.

Die 1 760 500 Erwerbstätigen, die 2001 ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz hatten, waren zum überwiegenden Teil (30,5%) im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister beschäftigt, während 25,4% dem Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr zuzuordnen waren. Diese beiden Bereiche zeichnen sich durch leicht positive Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr aus. Deutlicher zulegen konnte der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, dem 12,1% aller Erwerbstätigen am Arbeitsort zugeordnet waren. Beim produzierenden Gewerbe (einschließlich Baugewerbe) hatten 29,1% aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz. Dieser Bereich zeigt eine im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Erwerbstätigenzahl. Demgegenüber haben nur 2,9% der Beschäftigten in Rheinland-Pfalz in der Land- und Forstwirtschaft gearbeitet.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Änderungen im System der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte

Die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte setzen sich aus den beiden Teilen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre – zuletzt 1998 – durchgeführt wird, und monatliche Laufende Wirtschaftsrechnungen (LWR) zusammen. Ziel beider Statistiken ist die Erfassung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der privaten Haushalte aus der Sicht der Einkommensentstehung und der Einkommensverwendung. Um dieses zu erreichen, stellen beide Statistiken das Budget der einzelnen privaten Haushalte in den Mittelpunkt ihrer Befragung, wobei als Budget das Verzeichnis aller zugeflossenen Einnahmen und der damit getätigten Ausgaben bezeichnet wird.

Durch diese statistischen Angaben erhält man Nachweise über die wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung sowie Informationen darüber, wie sich die privaten Haushalte am marktwirtschaftlichen Prozess beteiligen. So werden beispielsweise Erkenntnisse über Art und Umfang der Marktentnahme, der Spartätigkeit, der Einkommensübertragungen und des Einflusses von Haushaltsmerkmalen auf die Höhe der Einkommen gewonnen. Mit den Ergebnissen der Wirtschaftsrechnungen wird es möglich, die Auswirkungen von wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verfolgen. Zudem ergeben sich Informationen über die wirtschaftlichen Vorgänge innerhalb des Haushaltssektors.

Daneben sind die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte die rechnerische Grundlage der Preisindizes für die Lebenshaltung, da sie das unverzichtbare Wägungsschema dieser Indizes liefern. Das Wägungsschema quantifiziert, welchen Anteil eine bestimmte Ausgabeposition, zum Beispiel die Ausgaben für die Miete, an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte hat. Da sich das Güterangebot und die Verhaltensweisen der Verbraucher im Zeitablauf ändern, wird etwa alle fünf Jahre ein neues Wägungsschema berechnet, das die veränderten Angebots- und Nachfragerichtungen berücksichtigt.

Neukonzeption entlastet Haushalte und beschleunigt Ergebnisbereitstellung

Die Wirtschaftsrechnungen haben eine lange Tradition, die immer wieder durch methodische Weiterentwicklungen bestimmt war. In den letzten Jahren gab es kritische Äußerungen zu dem bewusst gewählten Repräsentationsgrad der Laufenden Wirtschaftsrechnungen – geringer Stichprobenumfang und Beschränkung auf nur drei Haushaltstypen –, der die Verwendbarkeit der Ergebnisse stark einschränkt. Es wurde die Forderung erhoben, laufend Daten zu möglichst allen Haushalten bereitzustellen und die Datenlücke zwischen den alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben vollständig zu füllen. Voraussetzung hierfür ist, dass das Programm beider Erhebungen aufeinander abgestimmt ist und so ein Gesamtsystem der Wirtschaftsrechnungen entstehen kann.

Kritisch wurde bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ebenfalls angemerkt, dass es bei jeder Erhebung Schwierigkeiten gab, eine ausreichende Zahl an Haushalten von Selbständigen, Landwirten, Arbeitern und solchen mit sehr hohem Einkommen zur Teilnahme an der freiwilligen Erhebung zu gewinnen. Ziel von Änderungsüberlegungen war auch, eine Entlastung der Haushalte zu erreichen und gleichzeitig eine schnellere Bereitstellung der Ergebnisse zu ermöglichen. Erste Erfolge konnten bei der 1993er-Erhebung erzielt werden, da durch eine dialoggestützte Bearbeitung die Ergebnisse früher vorlagen.

Die Amtsleiter der statistischen Ämter der Länder und des Bundes beschlossen unter diesen Aspekten eine Neukonzeption der Wirtschaftsrechnungen mit dem Ziel, die aufgezeigten Schwachstellen zu beseitigen und durch inhaltliche Verzahnung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ein Gesamtsystem der Wirtschaftsrechnungen zu schaffen.

Auf der Grundlage des seit dem Jahr 1961 bestehenden Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte kam es zu folgenden gravierenden Veränderungen:

– Bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 wurde der Erhebungszeitraum für die beteiligten Haushalte von bisher zwölf auf jetzt drei Monate reduziert. Durch die Konstruktion einer quartalsweise rotierenden Stichprobe waren aber Anschreibungen über das gesamte Berichtsjahr garantiert. Die Belastung der Haushalte wurde so erheblich reduziert und die Aufbereitungszeit wesentlich verkürzt.

– Bei den Laufenden Wirtschaftsrechnungen 1999 wurden nicht mehr nur Haushalte einbezogen, die den drei spezifischen Haushaltstypen (Zwei-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen, Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen, Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen) entsprachen, sondern die freiwillige Befragung wurde auf alle Haushalte ausgedehnt. Wegen der bestehenden Rechtslage können sich allerdings keine Haushalte von Selbständigen beteiligen. Mit dieser Einschränkung stellen die Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab 1999 ein adäquates Abbild der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe dar. Da die bisherigen 2 000 Haushalte im Bundesgebiet bei den Laufenden Wirtschaftsrechnungen als eine zu geringe Basis angesehen wurden, erfolgte eine Aufstockung auf 6 000 Einheiten. Nach dem neuen Erhebungskonzept wird die Erhebung zudem auf Grund der gesetzlichen Vorgabe als Quartalspanel durchgeführt, das heißt ein gleich bleibender repräsentativer Kreis von 6 000 privaten Haushalten berichtet über seine Einnahmen und Ausgaben, wobei jeder Haushalt in einem Vierteljahr nur einen Monat lang ein Haushaltsbuch führt.

– Bei den Laufenden Wirtschaftsrechnungen 1999 wurden nicht mehr nur Haushalte einbezogen, die den drei spezifischen Haushaltstypen (Zwei-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen, Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen, Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen) entsprachen, sondern die freiwillige Befragung wurde auf alle Haushalte ausgedehnt. Wegen der bestehenden Rechtslage können sich allerdings keine Haushalte von Selbständigen beteiligen. Mit dieser Einschränkung stellen die Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab 1999 ein adäquates Abbild der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe dar. Da die bisherigen 2 000 Haushalte im Bundesgebiet bei den Laufenden Wirtschaftsrechnungen als eine zu geringe Basis angesehen wurden, erfolgte eine Aufstockung auf 6 000 Einheiten. Nach dem neuen Erhebungskonzept wird die Erhebung zudem auf Grund der gesetzlichen Vorgabe als Quartalspanel durchgeführt, das heißt ein gleich bleibender repräsentativer Kreis von 6 000 privaten Haushalten berichtet über seine Einnahmen und Ausgaben, wobei jeder Haushalt in einem Vierteljahr nur einen Monat lang ein Haushaltsbuch führt.

Verfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Jahr 2003

Turnusgemäß findet, nach der letzten Erhebung 1998, im Jahr 2003 wieder eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statt. Für die Art der Durchführung der

Laufenden Wirtschaftsrechnungen waren dabei drei Varianten denkbar, die im Folgenden vorgestellt und deren Vor- und Nachteile aufgezeigt werden:

1. Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen werden im Jahr 2003 unverändert weitergeführt und die Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe um die Zahl der in die Wirtschaftsrechnungen einbezogenen Haushalte reduziert. Die Ergebnisse werden zusammengefasst.
2. Im Jahr 2003 werden die Laufenden Wirtschaftsrechnungen unterbrochen und die Haushalte dieser Erhebung im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe befragt.
3. Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen werden 2003 unverändert weitergeführt, ohne dass dabei die Zahl der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe teilnehmenden Haushalte um die Zahl der an den Laufenden Wirtschaftsrechnungen teilnehmenden Haushalte reduziert wird.

Die Variante 1 hätte den Vorteil, dass sich die systematischen Abweichungen zwischen den beiden Erhebungen feststellen ließen und die an die Laufenden Wirtschaftsrechnungen gewöhnten Haushalte ihre Anschreibepflichten nicht ändern müssten. Als Nachteil kann gesehen werden, dass von den statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt gleichzeitig zwei verschiedene Organisationsformen und Erhebungsverfahren betreut werden müssten, wobei zum Beispiel gleiche Datensatzstrukturen oder Umsteigeschlüssel zu gewährleisten wären. Zusätzliches Personal wäre in den Landesämtern erforderlich, einige Merkmale der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe würden in den monatlichen Erhebungen nicht erfragt werden (z. B. Geld- und Sachvermögen).

Positiv an Variante 2 wären die einheitliche Organisationsform und das Erhebungsverfahren. Zudem könnten die terminlichen Engpässe bei der Aufbereitung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen durch das einjährige Aussetzen gelockert werden. Als negativ ist zu sehen, dass die Abbruchquote bei den Haushalten der Laufenden Wirtschaftsrechnungen durch den Rhythmuswechsel für die Auskunftserteilung (Teilnahme der Haushalte an den Laufenden Wirtschaftsrechnungen in einem Monat je Quartal, Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe über drei Monate in einem Quartal) und die etwas anders konzipierten Erhebungspapiere sowie durch zusätzliche Merkmale – besonders Fragen zu Sach- und Geldvermögen – höher als üblich ausfallen könnte. In den Landesämtern entstünde ein „Loch“, das besonders die Länder mit relativ vielen an den Laufenden Wirtschaftsrechnungen teilnehmenden Haushalten trafe.

Variante 3 hat die gleichen Vor- und Nachteile wie Variante 1, hinzu käme aber ein weiterer Vorteil: Auf Grund des nicht reduzierten Stichprobenumfangs erhöht sich die Aussagekraft der Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, wovon vor allem die Bundesländer profitieren könnten. Dem stünde als Nachteil der zusätzliche Erfassungs- und Bearbeitungsaufwand sowohl in den Landesämtern als auch im Statistischen Bundesamt gegenüber.

Variante 3 wird bevorzugt

Mehrheitlich haben sich die Länder für die Realisierung der Variante 3 ausgesprochen, wonach die Laufenden Wirtschaftsrechnungen auch in 2003 unverändert durchgeführt werden sollen. Erstmalig liegen mit den Erhebungen im Jahr 2003 in qualitativer Hinsicht direkt vergleichbare Ergebnisse vor, die für die Ermittlung noch bestehender Qualitätsunterschiede zwischen den beiden Erhebungen unverzichtbar sind. Ein weiterer wesentlicher Grund für die durchgängige Weiterführung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen im Jahr 2003 sind die Datenanforderungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in Verbindung mit der neuen EU-SILC-Erhebung (Statistics on Income and Living Conditions).

Datenbedarf der EU

EU-SILC soll den Bedarf an Statistiken über Einkommen, Lebensbedingungen und soziale Ausgrenzung decken. Die Forderung ergibt sich aus den Artikeln 136, 137 und 285 des Amsterdamer Vertrags und wurde durch den Europäischen Rat von Lissabon (März 2000) und Nizza (Dezember 2000) bestätigt. Das Ziel ist die Beseitigung von Armut. Beschlossen wurde ein „Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung“. Derzeit wird von Eurostat der Anforderungskatalog konzipiert und die Rechtsgrundlage vorbereitet. Der von Eurostat angestrebte Start der Erhebung im Jahr 2003 ist für Deutschland unrealistisch, da zunächst noch ein nationales Gesetzgebungsverfahren durchlaufen werden muss. Derzeit ist vorgesehen, die Erhebung in Deutschland erst im Jahr 2005 zu starten.

Unbestritten ist, dass der Datenbedarf aus EU-SILC auf jeden Fall durch die amtliche Statistik erfüllt werden soll. Verworfen wurde die Alternative, Merkmale aus dem sozio-ökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bereitzustellen. Diese Möglichkeit wurde besonders wegen der Qualitätsbedenken und des fehlenden Einflusses auf das Erhebungsprogramm des Panels abgelehnt.

In Deutschland liegt die Federführung für EU-SILC beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das sich gegen eine neue Erhebung aussprach. Es soll vielmehr eine Integration in bestehende Statistiken erfolgen. Da der Mikrozensus bereits heute in seinem Fragenumfang überlastet ist, schied diese Erhebung als Datenquelle aus. Es bietet sich eine Integration in die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte an, da die kontinuierliche Lieferung der monetären Indikatoren gewährleistet wird und eine Ergänzung um die geforderten nicht-monetären Erhebungsmerkmale möglich ist.

Auf der Basis von § 7 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz finden im Juli 2002 Testerhebungen zu dieser EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen statt, an denen sich auch das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz beteiligen wird.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Die Reform des Wohnungsbaurechts und ihre Auswirkungen auf die amtliche Statistik der sozialen Wohnraumförderung

Das Gesetz zur Reform des Wohnungsbaurechts vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376) ist zum 1. Januar 2002 in Kraft getreten. Es umfasst insgesamt 28 Artikel; Artikel 1 enthält die Vorschriften zum Gesetz über die soziale Wohnraumförderung (Wohnraumförderungsgesetz – WoFG). Der § 42 des Wohnraumförderungsgesetzes ordnet die Durchführung einer Förderstatistik an, welche die bisherige Bewilligungsstatistik nach § 32 II. Wohnungsbaugesetz (WoBauG) ersetzt.

Die Ergebnisse der neuen Förderstatistik dienen zur Darstellung des Umfangs, der Struktur und der Entwicklung in der sozialen Wohnraumförderung, deren Aufgabe darin besteht, eine sozial verantwortliche Wohnungsbaupolitik zu steuern. Die jährliche Förderstatistik erstreckt sich auf die Erfassung des öffentlich geförderten Wohnbaus, das heißt die Erstellung und Modernisierung von Wohnraum, den Erwerb von Belehnungsrechten an bestehendem Wohnraum oder den Erwerb bestehenden Wohnraums. Die Förderung wird durch die Gewährung von Fördermitteln aus öffentlichen Haushalten oder Zweckvermögen als Darlehen zu Vorzugsbedingungen oder als Zuschuss bereitgestellt bzw. durch Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen sowie Bereitstellung von verbilligtem Bauland. Gemäß § 42 Absatz 1 Wohnraumförderungsgesetz ist die Förderstatistik als Bundesstatistik durchzuführen.

Umsetzung in Rheinland-Pfalz bereits in 2002

§ 46 Abs. 2 Wohnraumförderungsgesetz erlaubt es den Ländern, die bisherigen Vorschriften des II. Wohnungsbaugesetzes auch noch im Jahre 2002 ihren Förderprogrammen zu Grunde zu legen. In Rheinland-Pfalz wird jedoch bereits ab dem Jahr 2002 sowohl bei der Wohnraumförderung als auch in der amtlichen Statistik das neue Recht angewandt.

Bei der bisherigen Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau bzw. der künftigen Förderstatistik handelt es sich um eine sekundärstatistische Aufbereitung der bei der Landestreuhandstelle Mainz (Ressort der Landesbank Rheinland-Pfalz) anfallenden und von dieser an das Statistische Landesamt zu liefernden Daten. Zu den durch die neuen Fördervorschriften des Wohnraumförderungsgesetzes notwendigen statistischen Anpassungsmaßnahmen gehören insbesondere die Entwicklung und Bereitstellung des Datensatzes der neuen Förderstatistik, die Spezifikation der Datenfelder, die Entwicklung einer maschinellen Plausibilitätskontrolle im Dialog-Verfahren und die Entwicklung eines einheitlichen Verbundtabellenprogramms für alle Bundesländer zur Darstellung der statistischen Ergebnisse der Förderstatistik.

Reform des Erhebungsprogramms war dringend erforderlich

Die Reform des statistischen Erhebungsprogramms im sozialen Wohnungsbau war überfällig. Bereits Mitte

des vergangenen Jahrzehnts zeigte sich, dass zwischen der sich ständig verändernden Bewilligungspraxis (Sonderförderungsprogramme) und der seit dem 1. Januar 1973 unverändert gebliebenen Darstellungsweise der statistischen Ergebnisse zunehmend eine Kluft entstanden war. So konnte die amtliche Statistik mit den vorhandenen statistischen (Verbund-) Programmen nicht mehr alle in der Realität existierenden Fördervarianten abbilden. Sie musste sich auf die Darstellung des Kerns der klassischen Wohnungsbauförderung des 1. Förderungsweges (Vollförderung gemäß § 25 II. WoBauG), des 2. Förderungsweges (Aufwendungsdarlehen) und des im Jahre 1989 neu hinzugekommenen 3. Förderungsweges (vertraglich vereinbarte Förderung) beschränken.

Die daneben existierenden Förderinstrumente wie die Modernisierung von Wohnraum, der Ankauf von Belehnungsrechten und -bindungen, das insbesondere für Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund des Truppenabbaus der alliierten Streitkräfte sehr wichtige Konversionsprogramm und andere Sonderförderungen wie der experimentelle Wohnungs- und Städtebau, das Zinsgarantieprogramm, Sanierungsmaßnahmen und die Förderung von Sozialboden konnten mit dem vorhandenen Verbundprogramm der Länder nicht erfasst bzw. dargestellt werden.

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz entschloss sich daher bereits mit der Ergebnisveröffentlichung für das Bewilligungsjahr 1996 in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz und der Landestreuhandstelle (Ressort der Landesbank Rheinland-Pfalz) zur Veröffentlichung einer zusätzlichen Ergebnistabelle über die von der öffentlichen Hand geleistete Gesamtförderung im sozialen Wohnungsbau (siehe Statistische Berichte, Reihe F II 5 – j; Ausgaben 1996 und folgende Jahre), wozu nach den einheitlichen Veröffentlichungskriterien aller Bundesländer allerdings keine Verpflichtung bestand. Gleichzeitig diente die Übermittlung dieser Gesamtangaben der Wohnungsbauförderung der internen Kontrolle der statistischen Aufbereitung und der Überprüfung der Fall- und Mittelübereinstimmung zwischen dem Ministerium der Finanzen (Kontingentsüberwachung), der Landestreuhandstelle (Bewilligung und Datenerfassung) und dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz (Plausibilitätskontrolle, Datenkorrektur, Tabellierung, Veröffentlichung und Kommentierung).

Erhebungsmerkmale

Aus den gemäß § 42 Wohnraumförderungsgesetz vorliegenden Erhebungsmerkmalen ergibt sich für die amtliche Statistik eine neustrukturierte Erhebung, sowie eine Reduzierung der Erhebungsmerkmale bei dennoch vollständiger Abbildung der sozialen Wohnraumförderung in Rheinland-Pfalz. Die bisherigen Fördervarianten des 1. bis 3. Förderungsweges sind entfallen. An ihre Stelle tritt eine klare Differenzierung der Förderzusagen der sozialen Wohnraumförderung in

- Wohnungsbau bzw.
- Modernisierung, Begründung von Belegungsrechten aus dem Wohnungsbestand, Erwerb vorhandenen Wohnraums.

Bei den Förderzusagen im Wohnungsbau werden folgende Merkmale statistisch erfasst:

1. Lage des Förderobjekts
2. Förderempfänger
3. Gebäudeart (mit Anzahl der Wohnungen und Wohnfläche in Quadratmetern)
4. Nutzungsart (Rechtsform) der geförderten Wohnungen
5. Barrierefreie Wohnungen
6. Dauer der Belegungsrechte von Mietwohnungen nach Jahren
7. Gesamtkosten des Förderobjektes
8. Art und Umfang der Finanzierung
9. Objektbezogene Aufwendungshilfen aus öffentlichen Haushalten
10. Miete

Die Merkmalsausprägungen zu den Punkten 1 bis 10 des Wohnungsbaus wurden gegenüber dem bisherigen Merkmalskatalog erheblich gestrafft. So wird bei den Förderempfängern zukünftig nur noch in private Haushalte, Wohnungsunternehmen und Sonstige unterschieden. Die Beschreibung des Bauvorhabens (konventionelle Bauweise, Fertigteilbau bzw. Maßnahme an einem bestehenden Gebäude) entfällt. Gestrichen wurden ferner Merkmale bei den Grundstücksangaben sowie die Nachweisung des Rauminhalts und der Anzahl der Räume in den geförderten Wohnungen, Angaben zur Zweckbindung und den Kosten des Baugrundstücks und der Außenanlagen sowie zu den Baunebenkosten usw. Deutlich reduziert wurden die Angaben über Art und Umfang der Finanzierung. Zukünftig werden nur noch die Mittel aus öffentlichen Haushalten, die Kapitalmarktmittel (ohne Differenzierung der Kreditinstitute) und die sonstigen Mittel (ebenfalls ohne tiefergehende Differenzierung) nachgewiesen.

Bei den Förderzusagen zu Modernisierung, Begründung von Belegungsrechten und Erwerb vorhandenen Wohnraums werden statistisch erfasst:

1. Fördergegenstand
2. Förderempfänger
3. Geförderte Wohnungen
4. Anzahl der geförderten Mietwohnungen
5. Gesamtkosten der geförderten Maßnahmen
6. Fördermittel
7. Miete

Diese (größtenteils) bislang nicht vorhandenen Angaben wurden neu in den Erhebungskatalog aufgenommen. Dabei beschränken sich die Angaben allerdings nur auf die wichtigsten Eckmerkmale und sind – soweit inhaltlich möglich – kongruent zum Erhebungskatalog des Wohnungsbaus.

Ausblick

Mit der Umsetzung des § 42 Wohnraumförderungsgesetz in die statistische Praxis ist bereits begonnen worden. Federführend sind hier das Statistische Bundesamt in Wiesbaden sowie das mit der Programmierung der Statistik betraute statistische Landesamt. Die Erstellung des Datensatzes als Voraussetzung für die Umstellung der Datenerfassung bei der Landestreuhandstelle Mainz wird voraussichtlich im März 2002 abgeschlossen sein. Die zeitaufwendigere Programmentwicklung und die Erstellung des Tabellenprogramms werden im Laufe des Jahres 2002 durchgeführt und getestet. Damit ist die Veröffentlichung der Ergebnisse der neuen Förderstatistik Ende des ersten Quartals 2003 für das Berichtsjahr 2002 zeitlich gewährleistet.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Jeden Tag geben in Rheinland-Pfalz vier Landwirte ihren Betrieb auf

– Bewirtschaftete Fläche wird nur geringfügig kleiner –

In Rheinland-Pfalz haben in den vergangenen beiden Jahren im Durchschnitt pro Tag fast vier landwirtschaftliche Betriebe aufgegeben. 32 700 Betriebe gab es im Mai vergangenen Jahres, knapp 8% weniger als 1999. Vor zehn Jahren hatte die Zahl noch bei 51 500 gelegen. Inzwischen leben in gut 60 der landesweit 2 300 Gemeinden keine Bauern mehr. Auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche hat die Aufgabe von Bauernhöfen kaum Einfluss; sie ist im Vergleich zu 1999 um lediglich 0,4% zurückgegangen. Dagegen stehen in den Ställen immer weniger Tiere.

Ein Teil der im Zuge des Strukturwandels frei werdenden Flächen wurde für außerlandwirtschaftliche Zwecke benötigt, beispielsweise für Siedlungs- und Verkehrsflächen. Die übrigen Flächen wurden von den anderen Betrieben überwiegend auf dem Wege der Zupacht übernommen. Rund 70% der bewirtschafteten Flächen sind mittlerweile gepachtet.

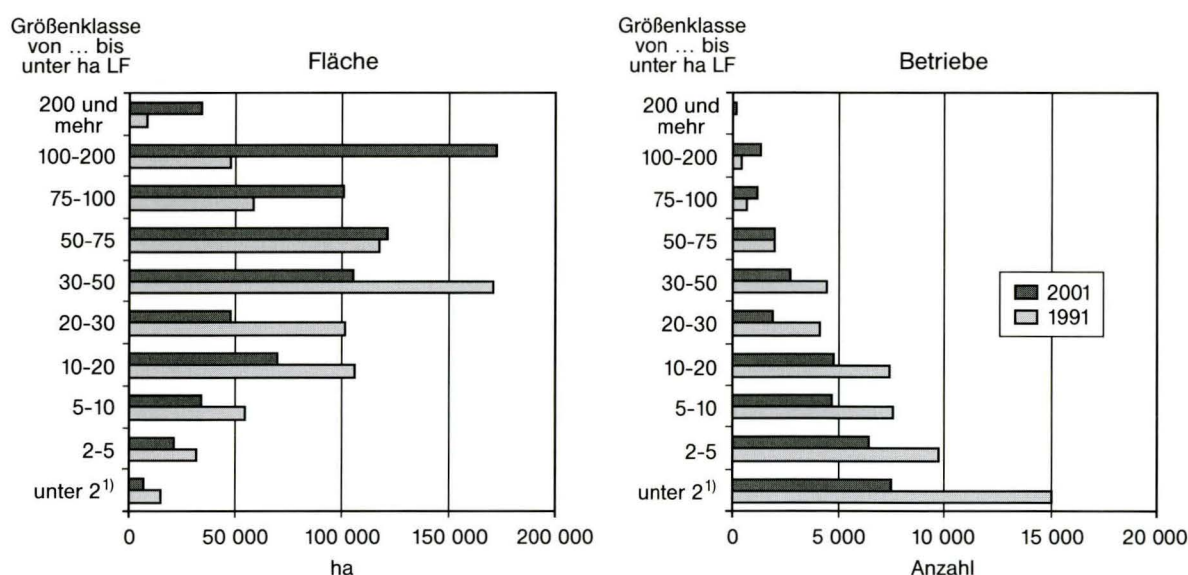
Während also die einen aufgeben, werden die anderen größer. Die durchschnittliche Betriebsgröße lag 2001 bei 22 ha, 1991 waren es erst 14 ha. Das Gesetz des Wachstums oder Weichens spiegelt sich auch in der Zahl der Betriebe wider, die mehr als 200 ha bewirtschaften: Sie hat sich allein in den vergangenen beiden Jahren um mehr als ein Drittel auf 137 erhöht. Diese Betriebe verfügen über knapp 5% der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Vor zehn Jahren gab es erst 31 Be-

triebe mit mehr als 200 ha, sie bewirtschafteten damals zusammen erst rund 1% der Fläche. Nahezu ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Rheinland-Pfalz wird inzwischen von den rund 1 300 Betrieben bewirtschaftet, die eine Größe zwischen 100 und 200 ha aufweisen. Ihre Zahl ist in den vergangenen beiden Jahren um rund 15% gewachsen. Auf 1 170 ist die Zahl der Betriebe in der Größenklasse zwischen 75 und 100 ha angestiegen. Bei 75 ha liegt derzeit die so genannte Wachstumsschwelle, unter der die Zahl der Betriebe abnimmt und über der sie zunimmt.

Nachdem im November 2000 in Deutschland der erste BSE-Fall festgestellt worden war, begann eine Diskussion über eine Neuausrichtung der Agrarpolitik. Die Bundesregierung setzt in diesem Zusammenhang besonders auf die ökologische Landwirtschaft. Die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe nahm in Rheinland-Pfalz seit 1999 um 23% auf 460 zu. Die zugehörige Fläche erhöhte sich um 3 800 ha auf knapp 15 500 ha. Das waren gut 2% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Ökobetriebe lag mit 34 ha um 12 ha über der konventionell wirtschaftender Betriebe.

Die Familienbetriebe sind mit 30 800 Höfen nach wie vor die dominierende Bewirtschaftungsform in Rheinland-Pfalz. Die Personengesellschaften – beispielsweise Gesellschaften bürgerlichen Rechts – gewinnen

Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 1991 und 2001 nach Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)



1) Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund mehrfach geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

allerdings an Bedeutung; ihre Zahl liegt derzeit bei rund 1 700. Viele Betriebsinhaber binden zunächst durch die Gründung einer Personengesellschaft den zukünftigen Hoferben ein, bevor sie zu einem späteren Zeitpunkt den Betrieb übergeben. Da es sich bei den Personengesellschaften vielfach um entwicklungsfähige Betriebe handelt, sind sie mit 44 ha auch gut doppelt so groß wie die Familienbetriebe. Für immer mehr Familien ist die Landwirtschaft nur noch Nebenerwerb. Lediglich 40% aller Familienbetriebe wurden im Haupterwerb geführt, sie bewirtschafteten allerdings rund 72% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Bedingt durch den technischen Fortschritt werden auch immer weniger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft benötigt. Im vergangenen Jahr waren nur noch rund 66 400 Personen ständig in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, von denen 28% Vollzeitkräfte waren. Dazu kamen noch rund 46 500 Saisonarbeitskräfte. 1991 bot die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz noch rund 105 600 Menschen ständig Arbeit. Mit 86% stellen

die Familienangehörigen, insbesondere die Betriebsinhaber und ihre Ehegatten, den überwiegenden Teil der ständigen Arbeitskräfte.

Nach Ergebnissen vom Mai 2001 setzt sich auch der seit den siebziger Jahren zu beobachtende rückläufige Trend in der Viehhaltung fort. Gleichzeitig ging die Entwicklung zu immer größeren einzelbetrieblichen Beständen weiter. Rund 8 100 Betriebe besaßen im Mai 2001 noch 446 000 Rinder, rund 17% weniger Tiere als 1991. Seinerzeit hielten 15 100 Rinderhalter gut 535 000 Rinder. Der durchschnittliche Rinderbestand je Betrieb stieg damit von 35 auf 55 Tiere. Bei den Schweinen war der Rückgang gegenüber 1991 noch stärker. Rund 362 000 Schweine standen im Mai 2001 in 3 400 Betrieben, das waren nur noch 72% der 1991 gezählten Tiere. Gut 500 000 Schweine in 11 900 Betrieben gab es damals. Während heute durchschnittlich 108 Schweine in einem Betrieb stehen, waren es 1991 erst 42.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und Preisindizes, die für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet werden. Sowohl für den Preisindex der Lebenshaltung als auch für den Preisindex der Wohngebäude kann auf die für das Bundesgebiet berechneten Indizes zurückgegriffen werden.

BEVÖLKERUNG	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 031 ¹⁾	4 035 ¹⁾	4 028	4 028	4 029	4 034	4 037	4 039	4 040
darunter Ausländer ²⁾	1 000	306 ¹⁾	302 ¹⁾	305	306	306	304	305	307	308
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 887	1 844	1 184	1 266	2 511	757	1 212	1 317	2 233
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	3 183	3 152	3 101	2 731	3 476	2 669	2 822	2 872	3 219
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	9,5	9,4	9,1	8,2	10,2	8,6	8,2	8,7	9,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 544	3 507	3 754	3 265	3 533	3 379	3 651	3 516	3 665
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,4	11,0	9,9	10,3	10,9	10,7	10,6	10,7
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	15	16	17	17	12	7	14	12	10
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,6	5,4	5,7	6,3	4,5	2,7	4,8	4,2	3,2
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-361	-355	-653	-534	-57	-710	-829	-644	-446
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	-1,1	-1,1	-1,9	-1,6	-0,2	-2,3	-2,4	-1,9	-1,3
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 284	9 081	8 704	8 057	7 710	7 290	8 920	8 980	8 423
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 928	2 717	2 694	2 407	2 485	2 296	2 984	2 816	2 742
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 439	8 411	8 282	7 089	7 422	6 533	4 650	7 119	6 888
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 132	2 139	2 218	1 700	1 666	1 568	1 711	1 488	1 691
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	845	671	422	968	288	757	4 270	1 861	1 535
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 678	13 496	12 937	12 273	12 949	10 714	12 394	12 739	12 389
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		1997	1998	1999			2000			
		30. 6.		31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12	31. 3.	30. 6.	30. 9.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁹⁾	1 000	1 158	1 159	1 162	1 175	1 200	1 188	1 188	1 191	...
* Frauen	1 000	499	500	504	507	518	517	518	518	...
* Ausländer/-innen	1 000	78	79	77	75	77	73	75	77	...
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	166	172	181	170	172	177	180	184	...
* darunter Frauen	1 000	152	156	161	153	155	157	160	162	...
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	X	13	13	14	14	12	13	14	...
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	X	367	362	360	364	362	362	361	...
* Baugewerbe	1 000	X	94	90	93	97	93	91	92	...
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	X	256	257	264	270	266	265	268	...
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	X	120	122	127	131	130	132	134	...
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	X	309	317	317	323	325	325	322	...

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. - 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. - 3) 2001 vorläufige Ergebnisse. - 4) Nach dem Ereignisort. - 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 9) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	1999	2000		2001				2002	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Arbeitslose	Anzahl	149 361	138 337	127 478	134 420	144 146	130 221	134 044	141 710	154 106
* Frauen	Anzahl	67 311	63 800	60 344	61 963	64 177	60 859	61 648	62 989	65 312
Männer	Anzahl	82 051	74 537	67 134	72 457	79 969	69 362	72 396	78 721	88 794
darunter										
Bauberufe	Anzahl	7 733	6 745	5 815	7 083	9 062	5 865	6 456	8 003	10 537
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 070	38 827	34 947	37 310	40 612	35 827	37 427	40 491	44 621
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	9,1	8,1	7,3	7,7	8,2	7,3	7,5	7,9	8,6
* Frauen	%	9,5	8,3	7,6	7,8	8,1	7,4	7,5	7,6	7,9
* Männer	%	8,9	7,9	7,0	7,6	8,4	7,2	7,5	8,1	9,2
* Ausländer/-innen	%	18,2	16,0	14,7	15,5	16,6	15,4	16,3	17,3	18,5
* Jüngere unter 25 Jahren	%	9,1	7,8	6,7	7,1	7,9	6,7	6,9	7,4	8,2
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 887	2 446	1 783	1 630	2 762	3 685	5 448	4 871	7 275
* Gemeldete Stellen	Anzahl	29 696	31 146	25 521	26 383	30 777	24 700	23 343	24 556	29 110
darunter										
Bauberufe	Anzahl	961	898	776	615	589	549	473	436	422
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 206	6 741	6 980	6 585	6 594	6 956	6 538	5 871	5 816
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		1999	2000		2001					
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	1 113	903	637	772	504	660	713	679	526
* davon mit ...										
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 033	844	593	727	475	625	669	646	498
3 und mehr Wohnungen ²⁾	Anzahl	80	59	44	45	29	35	44	33	28
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	3	2	2	1	-	-	2	3
Unternehmen	Anzahl	193	164	121	217	83	60	107	124	77
private Haushalte	Anzahl	916	735	514	553	420	600	606	553	446
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 739	1 382	950	1 207	748	921	1 009	934	719
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 171	949	647	799	536	666	708	668	499
* Wohnfläche	1 000 m ²	208	170	119	146	94	120	130	123	90
Wohnräume	Anzahl	9 134	7 387	5 211	6 328	3 990	5 189	5 620	5 210	4 008
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	260	214	148	179	120	151	160	151	112
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	217	184	184	193	131	151	181	173	109
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	23	20	19	18	9	22	13	26	13
Unternehmen	Anzahl	185	158	161	171	121	121	158	137	89
private Haushalte	Anzahl	9	6	4	4	1	8	10	10	7
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	66	42	21	26	24	20	14	16	11
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 084	988	1 152	1 700	668	815	1 327	740	1 737
* Nutzfläche	1 000 m ²	176	151	179	223	107	118	155	118	205
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	114	101	131	150	63	82	69	116	118
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 993	1 576	1 127	1 357	817	1 059	1 144	1 102	751
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	10 514	8 500	6 148	7 216	4 462	6 138	6 491	6 111	4 555

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾ darunter	t	12 249	11 571	12 292	12 337	10 578	10 931	11 806	11 821	10 478
* Rinder (ohne Kälber)	t	3 016	2 749	2 967	3 219	1 768	3 044	3 138	3 852	2 816
* Kälber	t	25	24	26	37	36	20	29	37	53
* Schweine	t	9 092	8 672	9 179	8 952	8 570	7 754	8 513	7 777	7 477
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	14 290	13 631	13 915	12 896	13 080	13 442	14 447	13 838	13 311
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 124	62 033	59 053	56 004	60 245	60 118	61 430	58 747	61 817
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 275	2 308	2 299	2 299	2 299	2 390	2 390	2 384	2 384
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	307 750	303 460	303 284	303 508	302 027	302 630	301 553	300 357	297 861
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	197 036	193 426	193 229	193 203	192 221	192 358	191 835	190 604	187 934
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 h	26 089	25 658	25 982	26 857	23 122	24 876	26 285	25 759	21 788
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	868	885	839	1 210	862	836	862	1 182	882
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	462	466	455	626	451	441	466	620	455
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	407	419	385	584	411	395	396	562	427
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	4 846	5 106	5 387	5 388	5 120	5 047	5 383	5 209	4 651
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 655	2 973	3 161	3 186	2 770	2 771	2 974	2 884	2 369
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 240	1 149	1 148	1 168	1 354	1 230	1 283	1 208	1 263
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	99	105	149	120	91	120	126	128	105
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	851	879	929	914	904	926	1 000	990	914
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	1 990	2 072	2 257	2 219	2 041	2 095	2 243	2 244	1 943
Exportquote ⁶⁾	%	41,1	40,6	41,9	41,2	39,9	41,5	41,7	43,1	41,8
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	164	137	127	150	160	109	122	148	149
		1999	2000				2001			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	
Energieverbrauch	1 000 GJ	54 288	53 842	58 021	51 802	50 341	55 205	55 884	49 620	45 868
Kohleverbrauch	1 000 GJ	2 673	2 007	2 242	2 310	1 774	1 703	1 781	1 664	1 534
Gasverbrauch ⁷⁾	1 000 GJ	36 335	36 253	39 624	34 029	33 438	37 923	38 843	33 570	29 958
Heizölverbrauch	1 000 GJ	2 802	2 569	3 161	2 387	2 041	2 687	2 424	1 750	1 580
Stromverbrauch	1 000 GJ	12 478	13 012	12 994	13 075	13 088	12 892	12 837	12 635	12 796
		1999	2000				2001			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Betriebe ³⁾	Anzahl	77	86	86	87	87	87	87	87	87
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	13 644	12 389	11 995	11 938	11 888	10 821	10 769	10 744	10 737
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	6 570	5 945	5 804	5 720	5 696	4 817	4 792	4 775	4 769
* Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000 h	852	751	739	764	685	600	633	630	568
Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	40	39	49	46	33	30	39	41	32
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	17	16	21	19	13	11	15	15	12
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	22	28	27	20	19	24	26	19
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁸⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	556	555	581	525	544	513	644	696	741
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	532	537	567	510	530	500	632	680	724
Gasaufkommen	Mill. kWh	5 851	5 774	5 915	6 818	7 637	4 545	5 228	7 438	8 661

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. - 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 7) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert). - 8) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Baugewerbe	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	47 826	46 850	46 742	46 122	45 002	44 984	44 753	44 569	43 992
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	4 841	4 989	5 386	5 143	3 861	4 877	5 218	4 684	3 319
* Wohnungsbau	1 000 h	2 046	2 192	2 397	2 219	1 685	1 885	2 028	1 857	1 289
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 236	1 241	1 293	1 265	958	1 252	1 313	1 187	909
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 559	1 556	1 696	1 659	1 218	1 740	1 877	1 640	1 121
darunter Straßenbau	1 000 h	710	723	831	767	551	812	894	753	493
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	102	102	102	119	99	96	101	118	99
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	78	78	79	90	75	73	79	88	74
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	24	23	29	25	23	22	30	25
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	366	370	402	402	420	372	407	415	414
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	130	124	128	122	129	113	120	124	128
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	106	111	129	113	118	107	118	122	110
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	130	134	145	168	173	151	170	168	175
darunter Straßenbau	Mill. EUR	60	58	69	74	73	71	84	77	80
Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) ⁴⁾										
		1999	2000				2001			
		Durchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Betriebe ⁵⁾	Anzahl	389	402	401	403	402	402	398	394	393
* Beschäftigte ^{2) 5)}	Anzahl	14 652	14 308	14 268	14 350	14 393	14 222	14 068	13 754	13 869
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 527	4 398	4 397	4 482	4 420	4 293	4 212	4 126	4 262
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	91	91	86	92	89	97	86	88	87
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	64	64	61	65	63	68	61	62	62
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	27	27	25	27	26	29	26	26	25
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	302	309	251	269	310	407	230	270	284
HANDEL										
Großhandel^P (einschl. Kfz-Handel und Tankstellen)										
		1999	2000				2001			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Beschäftigte	1995=100	96,8	96,4	96,5	95,7	94,9	96,3	94,9	94,9	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	1995=100	98,9	98,5	99,5	98,0	96,1	104,4	101,3	101,3	...
* Umsatz nominal ⁶⁾	1995=100	108,5	115,7	126,5	124,4	113,9	119,7	129,4	119,9	...
* Umsatz real ⁶⁾	1995=100	110,7	113,7	123,1	121,3	111,3	115,1	126,1	119,2	...
Einzelhandel^P (einschl. Kfz-Handel und Tankstellen)										
* Beschäftigte	1995=100	93,0	91,8	92,6	93,1	93,4	94,0	94,4	94,8	97,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	1995=100	102,5	100,0	100,4	101,8	101,7	101,7	102,5	103,2	107,1
* Umsatz nominal ⁶⁾	1995=100	98,8	100,7	99,5	104,0	116,6	97,8	106,4	107,7	117,1
* Umsatz real ⁶⁾	1995=100	96,8	97,6	95,7	100,2	112,6	92,7	101,0	102,5	112,0
GASTGEWERBE^P										
* Beschäftigte	1995=100	87,9	84,2	86,4	81,6	81,3	88,6	87,3	83,3	82,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	1995=100	90,9	83,7	85,7	81,2	79,4	87,3	86,4	82,7	80,7
* Umsatz nominal ⁶⁾	1995=100	99,8	101,8	115,6	97,9	98,2	115,5	116,2	97,3	96,9
* Umsatz real ⁶⁾	1995=100	95,2	96,2	109,1	93,6	93,3	107,3	107,6	91,1	90,2

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. - 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. - 6) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gästeankünfte	1 000	510	541	747	484	372	744	686	477	314
* darunter von Auslandsgästen	1 000	104	113	131	89	86	125	114	87	74
* Gästeübernachtungen	1 000	1 488	1 596	2 135	1 266	1 138	2 111	2 050	1 186	974
* darunter von Auslandsgästen	1 000	295	324	359	234	253	340	322	211	225
VERKEHR		1999	2000				2001			
Straßenverkehrsunfälle		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 318	10 384	10 411	10 832	11 022	10 858	10 569	10 837	11 554
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 578	1 803	1 624	1 537	1 904	1 621	1 669	1 482
* Getötete Personen	Anzahl	32	30	35	29	17	30	35	34	29
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	20	17	22	18	8	16	26	19	17
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	6	6	6	3	3	8	5	5	2
Radfahrer	Anzahl	2	2	2	3	1	2	-	1	-
Fußgänger	Anzahl	3	3	4	4	4	3	3	5	7
* Verletzte Personen	Anzahl	2 146	2 095	2 383	2 162	2 040	2 523	2 146	2 219	1 988
darunter schwer verletzte Personen	Anzahl	496	458	503	449	416	546	447	499	357
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	263	253	244	267	273	271	258	265	225
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	106	93	144	86	60	149	89	118	51
Radfahrer	Anzahl	55	44	43	35	22	82	45	47	18
Fußgänger	Anzahl	49	46	48	45	46	36	35	50	51
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	19 005	17 744	15 542	15 774	15 177	15 409	15 666	16 563	14 859
darunter										
Krafträder	Anzahl	1 271	1 109	567	361	184	1 065	534	346	102
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	16 370	15 265	13 663	14 073	13 623	13 138	13 893	14 972	13 454
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	980	986	1 044	1 058	882	872	945	879
* Zugmaschinen	Anzahl	240	219	197	189	175	176	191	186	161
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr		1999	2000				2001			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	
Beförderte Personen	1 000	70 753	69 962	73 123	70 311	63 916	72 499	73 617	71 499	63 562
darunter im allgemeinen										
Linienverkehr	1 000	66 285	65 530	68 942	65 816	59 289	68 072	69 335	66 914	59 366
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	995	1 011	893	1 008	1 111	1 030	916	1 065	1 110
Binnenschifffahrt		1999	2000				2001			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gütereingang	1 000 t	1 285	1 335	1 447	1 354	1 388	1 356	1 267	1 358	1 221
* Güterversand	1 000 t	721	825	836	820	940	858	813	907	871
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt davon	Mill. EUR	1 872	2 044	1 932	2 232	2 097	2 088	1 963	2 175	2 108
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	96	101	101	104	117	139	128	143	163
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 776	1 942	1 831	2 127	1 981	1 949	1 835	2 031	1 944

1) Betriebe ab 9 Betten. - 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. - 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. - 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. - 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	1999	2000			2001			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Rohstoffe	Mill. EUR	17	19	14	19	18	15	13	13
* Halbwaren	Mill. EUR	65	74	65	102	86	74	65	72
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 693	1 849	1 751	2 006	1 877	1 859	1 757	1 859
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	541	606	618	670	620	627	551	595
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 152	1 242	1 133	1 336	1 257	1 232	1 206	1 264
davon nach									
* Europa	Mill. EUR	1 394	1 496	1 385	1 589	1 546	1 473	1 409	1 573
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 101	1 022	1 061	1 224	1 191	1 147	1 113	1 261
Belgien	Mill. EUR	117	132	122	128	134	131	128	147
Luxemburg	Mill. EUR	17	21	18	22	18	26	19	21
Dänemark	Mill. EUR	30	30	27	37	28	32	28	28
Finnland	Mill. EUR	13	13	12	15	17	18	15	16
Frankreich	Mill. EUR	268	280	268	276	262	277	256	283
Griechenland	Mill. EUR	14	18	14	22	17	19	21	17
Großbritannien	Mill. EUR	157	152	129	167	163	154	130	157
Irland	Mill. EUR	9	9	9	8	7	9	11	11
Italien	Mill. EUR	148	162	145	182	166	116	162	185
Niederlande	Mill. EUR	108	115	92	121	121	112	96	114
Österreich	Mill. EUR	75	87	72	93	84	85	83	97
Schweden	Mill. EUR	35	36	40	33	36	30	34	36
Spanien	Mill. EUR	92	101	94	101	118	117	107	108
Portugal	Mill. EUR	18	19	17	18	18	20	23	15
* Afrika	Mill. EUR	42	38	37	39	40	47	48	52
* Amerika	Mill. EUR	206	240	224	271	215	265	235	243
* darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	149	174	154	197	148	191	167	169
* Asien	Mill. EUR	216	255	269	318	282	286	255	283
* darunter nach Japan	Mill. EUR	39	50	50	69	52	65	58	39
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	14	14	16	14	14	16	17	18
Einfuhr (Generalhandel)									
* Insgesamt	Mill. EUR	1 301	1 525	1 443	1 681	1 637	1 310	1 301	1 449
davon									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	133	132	100	137	124	108	128	121
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 168	1 393	1 344	1 544	1 513	1 202	1 173	1 328
davon									
* Rohstoffe	Mill. EUR	15	25	15	19	15	16	18	19
* Halbwaren	Mill. EUR	137	241	261	309	276	208	207	199
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 016	1 127	1 068	1 216	1 222	979	947	1 111
davon									
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	252	285	285	329	290	248	225	287
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	765	843	783	888	932	730	723	824
davon aus									
* Europa	Mill. EUR	1 012	1 208	1 155	1 334	1 321	957	988	1 139
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	808	798	928	1 048	1 082	752	820	919
Belgien	Mill. EUR	111	145	168	168	171	125	152	158
Luxemburg	Mill. EUR	13	21	17	31	21	20	16	21
Dänemark	Mill. EUR	27	31	39	19	55	31	31	39
Finnland	Mill. EUR	7	8	6	5	3	5	5	3
Frankreich	Mill. EUR	200	213	181	237	163	136	201	162
Griechenland	Mill. EUR	2	1	1	2	1	2	2	2
Großbritannien	Mill. EUR	60	63	66	56	59	73	57	79
Irland	Mill. EUR	8	12	13	14	12	8	7	15
Italien	Mill. EUR	103	99	82	108	94	77	77	98
Niederlande	Mill. EUR	147	209	201	239	300	174	141	193
Österreich	Mill. EUR	42	42	38	48	45	26	39	49
Schweden	Mill. EUR	22	35	46	35	68	16	37	25
Spanien	Mill. EUR	54	69	50	69	68	45	38	54
Portugal	Mill. EUR	13	17	19	17	24	16	17	21
* Afrika	Mill. EUR	25	30	18	31	39	34	21	35
* Amerika	Mill. EUR	115	123	121	140	130	160	131	120
* darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	97	102	95	117	107	137	93	106
* Asien	Mill. EUR	145	160	145	172	144	156	153	150
* darunter aus Japan	Mill. EUR	40	36	29	37	21	34	26	34
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	5	3	3	3	7	4

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GEWERBEANZEIGEN ¹⁾	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 174	3 150	2 997	3 104	2 995	2 867	3 011	3 016	2 500
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 795	2 653	2 400	2 556	3 240	2 268	2 577	2 561	2 938
INSOLVENZEN										
* Beantragte Insolvenzverfahren davon	Anzahl	94	145	148	177	153	192	189	162	237
* Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	71	91	80	118	99	109	107	96	132
* natürliche Personen als Gesellschaftsmitglieder u.Ä., Nachlässe	Anzahl	15	15	12	11	15	12	8	8	41
* Verbraucher	Anzahl	8	39	56	48	39	71	74	58	64
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	34	54	45	95	51	87	66	77	73
HANDWERK ²⁾	1998=100 1998=100	1999	2000				2001			
		Durchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
* Beschäftigte ³⁾		96,3	93,9	93,8	93,5	95,1	93,3	90,6	89,5	90,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		103,5	103,3	93,7	103,1	103,4	113,1	93,9	100,9	102,5
VERDIENSTE ⁴⁾		1999	2000				2001			
		Durchschnitt		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 345	2 393	2 401	2 419	2 406	2 338	2 419	2 438	2 425
* Männer	EUR	2 419	2 465	2 475	2 494	2 478	2 405	2 494	2 511	2 496
* Frauen	EUR	1 750	1 796	1 788	1 804	1 807	1 805	1 815	1 830	1 822
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Gewerbe	EUR	14,10	14,39	14,35	14,45	14,44	14,51	14,57	14,62	14,65
* Männer	EUR	14,50	14,79	14,75	14,85	14,84	14,93	14,98	15,01	15,05
darunter										
Facharbeiter	EUR	15,51	15,83	15,78	15,91	15,90	15,96	16,09	16,17	16,18
angelernte Arbeiter	EUR	13,86	14,23	14,12	14,33	14,31	14,37	14,36	14,44	14,44
Hilfsarbeiter	EUR	11,78	12,01	12,08	12,02	11,99	12,15	12,21	12,08	12,12
* Frauen	EUR	10,82	11,04	11,00	11,06	11,11	11,13	11,18	11,28	11,27
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,27	10,45	10,43	10,48	10,50	10,49	10,53	10,61	10,53
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,2	38,3	38,5	38,5	38,3	37,1	38,2	38,4	38,1
Arbeiter	h	38,3	38,4	38,6	38,6	38,4	37,1	38,3	38,5	38,2
Arbeiterinnen	h	37,2	37,5	37,4	37,5	37,5	37,3	37,4	37,3	37,2
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 319	3 383	3 366	3 384	3 408	3 443	3 466	3 483	3 487
* Männer	EUR	3 580	3 660	3 640	3 663	3 687	3 718	3 742	3 761	3 764
* Frauen	EUR	2 566	2 603	2 584	2 603	2 627	2 653	2 671	2 691	2 699
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 055	3 096	3 087	3 089	3 117	3 152	3 174	3 180	3 197
Männer	EUR	3 520	3 576	3 568	3 569	3 601	3 634	3 655	3 653	3 680
Frauen	EUR	2 514	2 545	2 528	2 544	2 567	2 594	2 616	2 638	2 643
* technische Angestellte	EUR	3 524	3 614	3 590	3 623	3 643	3 673	3 696	3 722	3 716
Männer	EUR	3 607	3 699	3 674	3 709	3 728	3 757	3 782	3 811	3 803
Frauen	EUR	2 756	2 825	2 802	2 835	2 859	2 878	2 882	2 893	2 909
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 406	2 506	2 457	2 519	2 557	2 569	2 573	2 608	2 627
* Männer	EUR	2 700	2 803	2 740	2 824	2 862	2 873	2 891	2 907	2 933
* Frauen	EUR	2 085	2 180	2 140	2 185	2 224	2 238	2 225	2 267	2 281
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 398	2 500	2 449	2 512	2 553	2 570	2 571	2 608	2 629
Männer	EUR	2 714	2 816	2 750	2 839	2 879	2 901	2 915	2 935	2 964
Frauen	EUR	2 087	2 183	2 143	2 189	2 228	2 242	2 228	2 272	2 286
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 826	2 918	2 881	2 927	2 961	2 979	2 995	3 024	3 038

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. - 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. - 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsgeldzahlungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	1999	2000				2001			
		Durchschnitt	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12	31. 3.	30. 6.	30. 9.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	97 333	103 350	100 972	102 237	104 172	106 019	107 120	108 504	109 861
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 272	13 581	13 163	13 276	13 763	14 123	14 412	14 066	14 238
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 201	10 011	9 629	10 014	10 169	10 232	10 296	10 623	10 501
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	73 860	79 758	78 180	78 947	80 240	81 664	82 412	83 815	85 122
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	92 898	97 596	95 505	96 813	98 202	99 862	100 636	101 804	103 559
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	83 041	87 502	85 476	86 842	88 021	89 667	89 506	90 364	91 278
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 857	10 094	10 029	9 971	10 181	10 195	11 130	11 440	12 281
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	4 435	5 755	5 467	5 424	5 970	6 157	6 484	6 700	6 302
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	73 050	74 619	73 696	72 455	76 181	76 140	74 935	76 244	76 977
Sichteinlagen	Mill. EUR	14 746	15 940	15 843	15 492	15 834	16 589	16 296	17 273	18 188
Termineinlagen	Mill. EUR	20 305	22 169	20 575	20 513	24 778	22 811	22 861	23 435	23 514
Sparbriefe	Mill. EUR	5 573	5 424	5 396	5 443	5 378	5 477	5 452	5 585	5 648
Spareinlagen	Mill. EUR	32 426	31 086	31 882	31 007	30 191	31 263	30 326	29 951	29 627
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	70 626	71 840	71 011	69 792	73 145	73 410	71 923	72 846	73 688
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	68 567	68 435	68 698	67 670	67 116	70 254	69 790	70 508	71 504
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 059	3 405	2 313	2 122	6 029	3 156	2 133	2 338	2 184
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 424	2 779	2 685	2 663	3 036	2 730	3 012	3 398	3 289
STEUERN		1999	2000			2001			2002	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 022	2 248	2 649	3 124	2 219	1 761	2 323	2 766	2 099
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	829	830	789	1 477	796	441	874	1 323	863
Lohnsteuer	Mill. EUR	611	622	788	841	602	438	820	803	574
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	80	110	331	-	-	-	382	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	32	32	-59	328	-101	6	-36	292	-18
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	43	45	7	14	195	19	24	29	181
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	26	44	15	115	14	50	14	117
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	10	11	30	-	-	-	34	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	120	104	9	279	-15	-36	16	185	10
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	16	7	34	-	-	-	44	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 193	1 418	1 859	1 647	1 423	1 320	1 448	1 444	1 236
Umsatzsteuer	Mill. EUR	389	381	379	391	388	386	382	411	372
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	804	1 037	1 480	1 256	1 035	934	1 066	1 032	863
Zölle	Mill. EUR	95	107	120	116	95	96	106	100	79
Bundessteuern	Mill. EUR	122	141	118	359	48	138	118	347	65
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	79	97	91	274	2	101	102	272	11
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	36	37	21	79	40	32	9	69	48

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	1999	2000			2001				2002
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Landessteuern	Mill. EUR	71	67	61	59	77	73	65	46	86
Vermögensteuer	Mill. EUR	3	3	2	2	-1	2	-1	1	2
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	13	10	8	7	11	10	8	6	9
Grunderwerbsteuer ¹⁾	Mill. EUR	9	7	7	7	8	7	7	6	10
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	31	31	27	24	40	38	32	23	48
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	10	11	14	12	16	13	15	4	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	3	0	0	0	3	0
Biersteuer	Mill. EUR	4	4	3	3	3	3	3	3	3
		1999	2000				2001			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	401	426	412	462	405	426	319	376	432
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	0	10	4	5	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	85	90	83	104	92	82	91	94	102
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	267	294	295	316	265	299	193	234	287
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	37	30	23	31	29	36	23	33	30
(Gemeindeanteil)		8	8	7	10	8	6	7	11	8
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR									
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	628	642	510	671	603	784	430	587	630
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	207	228	258	257	200	198	155	190	228
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	257	253	124	239	233	417	132	227	227
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	30	28	10	29	29	42	17	27	30
		1999	2000			2001				2002
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	607	605	575	866	662	451	612	788	672
Landessteuern	Mill. EUR	71	67	61	59	77	73	65	46	86
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	317	312	287	558	350	137	326	484	380
Lohnsteuer	Mill. EUR	219	220	290	267	256	141	303	249	244
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	13	13	-25	140	-43	2	-15	124	-8
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	17	19	-1	6	95	8	9	12	88
Zinsabschlag	Mill. EUR	10	12	20	6	51	6	22	6	52
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	58	49	4	139	-9	-20	7	92	4
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	204	209	225	205	235	195	216	211	215
Umsatzsteuer	Mill. EUR	156	146	155	125	148	147	146	142	146
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	48	63	70	80	87	48	70	69	69
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	4	5	0	13	0	17	2	17	-3
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	6	0	6	1	6	-1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	8	1	20	0	20	2	20	-4
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	0	5	0	4	0	4	-1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 107	1 239	1 285	1 870	1 128	1 451	1 732	2 161	1 480
Bundessteuern	Mill. EUR	122	141	118	359	48	138	118	347	65
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	365	364	337	650	354	186	375	578	383
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	616	729	829	848	726	1 110	1 237	1 219	1 035
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	4	5	0	13	0	17	2	17	-3

1) Bis 2001 nur der Landesanteil. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000				2001			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 087	82 193	82 234	82 256	82 258
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 890	34 959 ^p	47 793 ^p	31 326 ^p	22 334 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	64 229	63 914 ^p	63 543 ^p	64 499 ^p	60 468 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	70 528	69 889 ^p	61 223 ^p	69 154 ^p	69 716 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 299	- 5 975 ^p	2 320 ^p	- 4 655 ^p	- 9 248 ^p
Arbeitslose	1 000	4 099	3 889	3 685	3 611	3 645	3 789	3 743	3 725	3 789
Männer	1 000	2 160	2 053	1 899	1 862	1 892	1 985	1 961	1 957	2 010
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	10,5	9,6	9,0	8,9	8,9	9,2	9,0	9,0	9,2
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	11,7	10,7	10,0	9,8	9,9	10,1	10,0	10,0	10,1
Offene Stellen	1 000	456	514	525	491	468	508	485	443	408
Kurzarbeiter	1 000	119	86	66	66	70	92	114	140	169
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 368	6 375	6 432	6 420	6 419	6 435	6 422	6 395	6 376
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	527	526	534	540	561	505	510	541	537
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	194 982	212 968	117 286	113 713	121 188	211 314	114 317	117 856	117 337
Auslandsumsatz	Mill. EUR	66 608	77 255	43 092	42 003	44 724	75 062	42 489	43 254	43 523
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	111,4	118,2	125,5	124,8	130,4	112,7	119,2	124,9	124,5
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	112,5	118,5	121,9	123,3	126,2	113,5	115,6	123,0	120,2
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	114,2	125,4	143,0	136,4	147,6	121,0	136,9	138,8	142,1
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	113,4	121,1	117,2	120,0	121,1	95,0	110,4	114,6	114,8
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	102,6	103,7	109,7	114,1	116,8	105,8	103,8	112,2	110,1
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 201	41 971	40 409	43 004	44 066
Gaserzeugung	Mill. kWh	32 097	32 478	27 234	34 319	36 441	28 796	30 238	30 276	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 110	1 050	1 064	1 054	1 041	971	968	959	948
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	113	106	119	115	115	104	102	111	100
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	16 915	16 077	9 007	9 005	9 681	8 489	8 195	8 781	9 125
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 459	16 100	14 884	14 116	13 379	14 893	12 908	13 837	11 868
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 977	14 944	13 716	13 115	12 369	14 005	12 043	12 892	11 047
Wohnfläche	1 000 m ²	3 403	2 811	2 644	2 487	2 357	2 538	2 222	2 403	2 049
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 442	3 292	3 397	3 309	3 107	3 150	2 850	3 060	2 732
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	36 465	29 042	27 651	25 855	24 883	25 492	22 040	24 208	20 800
Handel und Gastgewerbe ⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,8	103,2	101,2	104,4	111,0	101,6	100,3	106,9	112,1
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,6	109,9	116,1	110,8	123,0	109,6	105,5	112,8	111,4
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	96,3	97,2	109,3	103,2	88,9	107,3	107,0	104,7	91,0

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000			2001				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	42 501	49 790	48 914	56 897	56 783	51 627	49 628	57 225	54 873
EU-Länder insgesamt	Mill. EUR	24 448	28 115	27 235	31 861	32 043	27 241	27 389	30 952	30 250
Belgien / Luxemburg	Mill. EUR	2 402	2 728	2 595	2 883	3 019	2 521	2 741	2 870	2 871
Frankreich	Mill. EUR	4 881	5 618	5 514	6 647	6 762	5 323	5 496	6 221	6 099
Großbritannien	Mill. EUR	3 594	4 115	3 946	4 523	4 807	4 557	4 131	4 723	4 608
Italien	Mill. EUR	3 195	3 751	3 697	4 380	4 252	3 204	3 617	4 235	4 095
Niederlande	Mill. EUR	2 863	3 250	3 014	3 475	3 526	3 238	2 952	3 545	3 285
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	37 067	44 862	45 272	50 635	52 256	43 354	43 156	48 226	48 156
EU-Länder insgesamt	Mill. EUR	19 971	22 830	22 634	26 164	27 162	21 867	22 678	25 262	24 685
Belgien / Luxemburg	Mill. EUR	1 907	2 186	2 183	2 535	2 685	2 256	2 441	2 829	2 430
Frankreich	Mill. EUR	3 796	4 239	3 810	4 893	5 204	3 802	3 936	4 164	5 063
Großbritannien	Mill. EUR	2 563	3 077	3 289	3 337	3 948	3 003	3 176	3 623	3 297
Italien	Mill. EUR	2 759	2 981	2 767	3 349	3 065	2 576	2 552	3 432	3 017
Niederlande	Mill. EUR	3 007	2 728	4 185	4 471	4 613	3 541	3 700	3 992	3 796
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	27 252	28 231	35 100	22 514	22 220	22 450	30 838	20 413	20 629
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	15 367	16 032	23 993	9 735	9 234	10 449	19 768	8 072	8 103
Lohnsteuer	Mill. EUR	11 151	11 311	10 139	9 990	10 046	10 464	9 497	9 491	9 648
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	907	1 018	6 091	- 824	- 1 141	- 1 059	5 803	- 837	- 1 086
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	11 429	11 739	11 106	11 759	12 624	11 639	11 046	11 382	12 127
Umsatzsteuer	Mill. EUR	9 300	8 928	8 255	8 782	9 360	8 733	8 526	8 569	9 184
Zölle	Mill. EUR	265	283	307	297	284	280	254	268	268
Bundessteuern	Mill. EUR	6 019	6 292	6 469	5 868	5 642	6 670	5 851	6 778	5 714
Versicherungssteuer	Mill. EUR	593	604	342	321	490	899	321	332	514
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	4 486	4 698	4 708	4 912	4 545	5 075	4 340	5 867	4 652
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1995 = 100	100,8	106,7	108,7	109,2	109,4	109,9	110,0	109,7	109,3 ^p
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	89,9	95,4 ^f	97,7 ^r	99,1 ^r	100,2 ^r	101,9 ^r	102,8	101,0 ^p	100,8 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	98,5	101,8	103,2	103,7	103,9	105,1	105,2	104,3	104,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,4	98,7	-	-	98,8	98,6	-	-	98,4
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,4	98,7	-	-	98,7	98,5	-	-	98,3
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,5	97,8	-	-	98,7	98,5	-	-	98,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,9	106,9	107,7	107,5	107,7	110,0	110,0	109,7	109,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	101,7	101,2	100,5	100,5	100,9	106,2	106,1	106,2	105,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	106,0	107,5	107,5	107,6	108,1	109,5	109,5	109,5	109,7
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,8	102,0	102,0	102,2	102,4	102,2	102,9	103,3	103,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	107,4	110,9	112,6	112,8	113,0	114,7	115,0	114,6	114,3
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	102,1	102,1	102,0	102,1	102,1	103,1	103,2	103,3	103,6
Gesundheitspflege	1995 = 100	110,6	111,0	111,2	111,3	111,4	112,5	112,6	112,6	112,7
Verkehr	1995 = 100	107,6	113,6	115,6	114,7	115,1	117,4	117,7	116,3	115,6
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	88,2	84,5	83,9	83,9	83,9	82,2	82,2	82,1	82,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,4	104,5	104,8	103,2	104,4	107,2	106,4	105,3	105,7
Bildungswesen	1995 = 100	117,5	119,3	119,9	119,9	120,1	121,2	121,6	121,6	121,6
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	104,9	106,2	106,4	106,5	105,2	110,7	108,2	108,5	107,4
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	104,5	106,8	107,0	107,3	107,6	109,7	109,9	110,1	110,4

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Neuerscheinungen im Februar

Statistische Berichte

Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Gesundheitswesen

Bevölkerungsvorgänge im 4. Vierteljahr 2000
BestellNr.: A I, A II 1, A III 1 – vj 4/00

Unterricht und Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Wintersemester 2000/2001 und Sommersemester 2001
BestellNr.: B III 1 – hj 2/01

Weiterbildung in Rheinland-Pfalz 2000 – Erhebung nach dem Weiterbildungsgesetz
BestellNr.: B IV 1 – j/00

Land- und Forstwirtschaft

Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 2001
BestellNr.: C I 3 – j/01

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2001 – endgültiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung
BestellNr.: C I 1 – j/01

Viehbestände landwirtschaftlicher Betriebe am 3. November 2001
BestellNr.: C III 1 – hj 2/01

Unternehmen und Arbeitsstätten

Gewerbeanzeigen im November 2001 – Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik
BestellNr.: D I 2 – m 11/01

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Dezember 2001
BestellNr.: E I 1 – m 12/01

Bauhauptgewerbe im Dezember 2001 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)
BestellNr.: E II 1 – m 12/01

Bauhauptgewerbe im Juni 2001 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) – Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung
BestellNr.: E II 2 – j/01

Ausbaugewerbe im 4. Quartal 2001 (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe)
BestellNr.: E III 1 – vj 4/01

Elektrizitäts- und Gasversorgung im Oktober 2001
BestellNr.: E IV 2/3 – m 10/01

Bautätigkeit, Wohnungswesen

Baugenehmigungen im Dezember 2001
BestellNr.: F II 1 – m 12/01

Baugenehmigungen im Jahr 2001 (Eilbericht)
BestellNr.: F II 1 – j/01

Handel und Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe im Dezember 2001
– Messzahlen für Umsatz und Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen
BestellNr.: G I 1, G IV 3 – m 12/01

Aus- und Einfuhr im November 2001
BestellNr.: G III 1, G III 3 – m 11/01

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im November 2001
BestellNr.: G IV 1 – m 11/01

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2001
BestellNr.: H I 1 – m 11/01

Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 3. Vierteljahr 2001
BestellNr.: H I 4 – vj 3/01

Binnenschifffahrt im November 2001
BestellNr.: H II 1 – m 11/01

Öffentliche Sozialleistungen

Jugendhilfe 2000
Teil I – Erzieherische Hilfen
Teil IV – Ausgaben und Einnahmen
BestellNr.: K I 3, K I 6, K I 7, K I 8 – j/00

Finanzen und Steuern

Gemeindefinanzen im 3. Vierteljahr 2001
BestellNr.: L II 2 – vj 3/01

Preise und Preisindizes

Preisindizes für die Lebenshaltung in Deutschland im Januar 2002
BestellNr.: M I 2 – m 1/02

Zusammenfassende Berichte

Daten zur Konjunktur im Dezember 2001
BestellNr.: Z 1 – m 12/01

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-245
Telefax: 02603 71-315
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des Statistischen Landesamtes sind die Veröffentlichungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Höherer Umsatz und mehr Beschäftigte im Einzelhandel

Höhere Umsätze und mehr Beschäftigte verzeichnete der Einzelhandel in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr. Der Handel – ohne Tankstellen und Kraftfahrzeughandel – legte beim Umsatz um 2,5% zu und gab 2,3% mehr Menschen Arbeit als im Jahr zuvor. Die Zahl der Vollbeschäftigten nahm um 2,9% zu, die der Teilzeitbeschäftigten stieg um 1,8%.

Kauf- und Warenhäuser sowie Verbraucher- und Supermärkte konnten ihre Umsätze um 2,2% erhöhen, Apotheken und Fachhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln erzielten einen Umsatzzuwachs von 7%. Beim Fachhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren lagen die Umsatzzahlen um 2,1% höher.

Im Kraftfahrzeughandel und an Tankstellen erhöhten sich die Umsätze um 3,4%, während die Beschäftigtenzahlen um 2,1% zulegt. el

Handelsstatistikgesetz novelliert: Entlastung der Berichtspflichtigen erreicht

Zur Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung und der strukturellen Veränderungen in den volkswirtschaftlich wichtigen Bereichen des Handels und Gastgewerbes ist ein ausgewogenes und aufeinander abgestimmtes System von statistischen Erhebungen unabdingbar.

Durch das neue Handelsstatistikgesetz, das die gesetzlichen Regelungen für die amtlichen Statistiken im Handel und im Gastgewerbe umfasst, werden nun auch die spezifischen Statistikanforderungen der Europäischen Union berücksichtigt. Gleichzeitig bleiben die bewährten nationalen Regelungen im Wesentlichen erhalten. Die Gesetzesnovelle trat im Dezember des vergangenen Jahres in Kraft und löste das alte Gesetz aus dem Jahr 1978 ab.

Da im Gastgewerbe nunmehr jene Unternehmen von der monatlichen Erhebung ausgenommen sind, die einen Jahresumsatz von 50 000 Euro nicht überschreiten, gelingt es dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, innerhalb des Bundeslandes künftig rund 100 Unternehmen aus der Berichtspflicht zu entlassen. Konkret wird damit fast jedes sechste bisher befragte Gastgewerbeunternehmen von der monatlichen Meldung über die Höhe des Umsatzes und die Zahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten befreit und muss in Zukunft nur

noch einmal jährlich betriebswirtschaftliche Eckdaten melden, die den Geschäftsaufzeichnungen des Unternehmens entnommen werden können.

Mit den weiteren Änderungen in der Gesetzesnovelle wird darüber hinaus bestimmt, dass eine Handels- und Gaststättenzählung lediglich als Option vorgesehen ist; insofern rückt die Bedeutung des Unternehmensregisters auch als Auswertungsinstrument für die Wirtschaftsbereiche Handel und Gastgewerbe in den Vordergrund.

Bezüglich der jährlichen Strukturerhebung ist beispielsweise im Unterschied zur bisherigen Regelung außerdem vorgesehen, dass bei Unternehmen mit Arbeitsstätten in mehreren Bundesländern wichtige Merkmale in der Unterteilung nach Bundesländern erfasst werden. Unter Berücksichtigung der Forderung nationaler Nutzer wird ab dem Berichtsjahr 2001 in der Jahrerhebung zudem die Unterscheidung der Beschäftigten nach der Stellung im Beruf und nach Geschlecht erfasst. el

Nur zwei Prozent weniger Rinder geschlachtet BSE-Krise schlug sich nur zu Beginn des Jahres 2001 nieder

112 000 Rinder wurden im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz geschlachtet, das waren nur 2% weniger als im Jahr zuvor. Die BSE-Krise hat sich dennoch in der Statistik niedergeschlagen. Nachdem im November 2000 erstmals in Deutschland die BSE-Erkrankung nachgewiesen wurde, schränkten die Konsumenten den Rindfleischkonsum stark ein. Als Folge davon lag auch in Rheinland-Pfalz die Zahl der geschlachteten Rinder Anfang 2001 um mehr als ein Drittel unter der des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Vom Frühjahr an war dann aber wieder eine deutliche Erhöhung der Rinderschlachtungen festzustellen. Im April wurden mit etwa 8 400 fast 90% des Vorjahreswertes erreicht, in der zweiten Jahreshälfte sind monatlich sogar mehr Rinder geschlachtet worden als in den Vorjahresmonaten.

Um 7% auf rund 1,1 Mill. zurückgegangen ist die Zahl der in Rheinland-Pfalz geschlachteten Schweine. Die Schafschlachtungen nahmen um gut 3% auf 66 600 ab.

Rheinland-Pfalz ist sowohl bei Rind- als auch bei Schweinefleisch in hohem Maße auf Zufuhren aus anderen Bundesländern bzw. aus dem Ausland angewiesen. Insofern geben die Schlachtungszahlen nur bedingt Hinweise auf die Entwicklung des Fleischkonsums. br

**Rasante Talfahrt setzt sich fort
23% weniger neue Wohnungen im Jahr 2001
genehmigt**

Die schon im Jahr 2000 rückläufige Nachfrage im Wohnungsbau setzte sich in 2001 fort. Die rheinland-pfälzischen Bauämter genehmigten 12 784 neue Wohnungen, das war ein Minus von 23%. Während die Wohnungszahl in den geplanten Ein- und Zweifamilienhäusern auf 7 082 bzw. 3 062 zurückging (-14,9 bzw. -15,6%), kam es bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zu einem deutlichen Einbruch. In 475 Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen (-32%) sollten nur noch 2 640 Wohnungen entstehen (-43%). Für die Wohnungen waren Gesamtkosten von 2,1 Milliarden Euro kalkuliert, gegenüber 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2000. ha

Positive Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

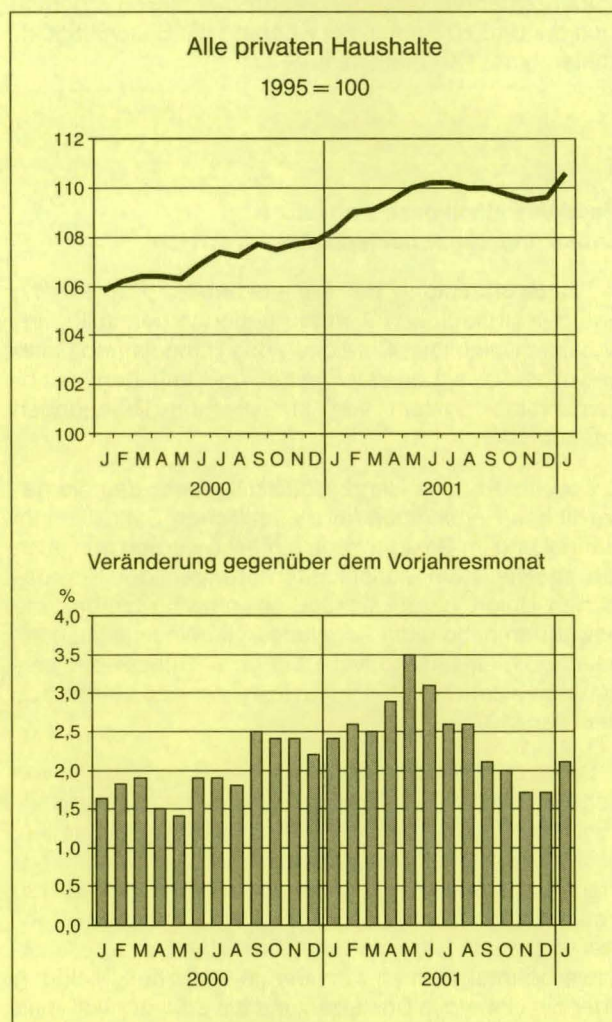
Im Jahr 2001 erzielte das Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz Umsatzsteigerungen von 2,2%. Wie eine Befragung repräsentativ ausgewählter Betriebe ergab, legte vor allem die Hotellerie deutlich zu; 5,5% mehr Umsatz wurden in Hotels, Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen erzielt. Dagegen fiel der Umsatzzuwachs in Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen mit 0,5% unterdurchschnittlich aus. Im übrigen Gaststättengewerbe, zu dem Schankwirtschaften, Diskotheken und Tanzlokale gehören, blieb der Umsatz gegenüber dem Jahr 2000 nahezu konstant. Die Umsätze erzielte das Gastgewerbe mit 0,9% mehr Beschäftigten als im Jahr zuvor. Die Zahl der Teilzeitkräfte legte mit +1% stärker zu als die der Vollbeschäftigten, die um 0,8% anstieg. el

**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet im Januar 2002**

Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu Januar 2001 in %
Früheres Bundesgebiet 1)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	110,4	2,0
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	108,5	5,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	113,4	4,5
Bekleidung, Schuhe	104,4	1,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	113,8	1,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	104,3	1,7
Gesundheitspflege	111,5	0,6
Verkehr	116,7	1,4
Nachrichtenübermittlung	81,9	-1,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	105,9	0,8
Bildungswesen	120,4	0,9
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	109,9	3,7
Andere Waren und Dienstleistungen	111,6	3,0
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	110,1	2,2
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	109,4	2,1
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	111,2	2,4
Deutschland 2)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	110,6	2,1

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

**Preisindex für die Lebenshaltung in Deutschland
Januar 2000 bis Januar 2002**



Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-2 45, Telefax (0 26 03) 71-3 15, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2002 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.